

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 49

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Franz Nahrade

Neue Arbeit. Neue Kultur. Frithjof Bergmanns Alternativen

In seinem „Schwarzbuch Kapitalismus“¹ führt Robert Kurz einen unverdächtigen Zeugen an, der das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ schon vor vielen Jahrzehnten kommen sah: Norbert Wiener schrieb schon im Jahr 1948 die folgenden prophetischen Zeilen zur Automation und ihren gewaltigen Auswirkungen: „Es kann nicht gut sein, diese neuen Kräfteverhältnisse in den Begriffen des Marktes abzuschätzen, des Geldes, das sie verdienen. Wenn man sich diese Revolution abgeschlossen denkt, hat das durchschnittliche menschliche Wesen mit mittelmäßigen oder noch geringeren Kenntnissen nichts zu verkaufen, was für irgendjemanden das Geld wert wäre. Die Antwort ist natürlich, daß wir eine Gesellschaft haben müssen, die auf menschliche Werte gegründet ist und nicht auf Kaufen und Verkaufen.“²

Doch es dauerte volle 30 Jahre, bis Wieners Voraussage als „Dritte Industrielle Revolution“ Realität wurde, und noch länger, bis sie auch in ihren Konsequenzen verstanden und schmerzlich erlebt wurde. Die Entkopplung gesellschaftlicher Produktivkraft von Massenbeschäftigung auch in den Kernländern der kapitalistischen Akkumulation und die mannigfaltigen Erscheinungsformen dieser Entwicklung wie Globalisierung, Prekarisierung, Atypisierung, Atomisierung und Feminisierung der Arbeit bilden den Gegenstand eines fast unübersehbaren Arbeitsdiskurses, in dem Rolle und Stellenwert der Arbeit ebenso thematisiert werden wie die verschiedensten Strategien der Entkopplung des Zugangs zu lebensnotwendigen Gütern und Diensten vom

Arbeitseinkommen. Kaum jemand redet heute noch von der „industriellen Reservearmee“, längst ist sozusagen stillschweigend und verschämt allgemein das Faktum akzeptiert worden, daß eine Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinn gerade eine auszuschließende Möglichkeit ist.

In diesen Debatten fällt früher oder später der Name Frithjof Bergmann. Der amerikanische Philosoph mit den sächsisch-salzburgischen Wurzeln hat in den achtziger Jahren in Flint, nahe Detroit, angesichts einer Entlassungswelle bei General Motors ein weithin beachtetes Experiment durchgesetzt: statt einer Entlassung einer großen Zahl von Arbeitern wurde einer doppelt so großen Zahl eine Kombination von halbielter Arbeitszeit mit der Unterstützung und teilweisen Finanzierung von selbstbestimmten Tätigkeiten angeboten. „New Work“ anstelle der alten Lohnarbeit, inklusive Training, Netzwerkbildung und sonstiger Absicherungsmaßnahmen für „die Arbeit, die wir wirklich, wirklich wollen“.

Böse Zungen behaupten, Bergmann habe das erste große Experimentierfeld für sozialverträglichen Arbeitskraftabbau geliefert – sozusagen eine extrem preisgünstige Variante von „Golden Handshake“ und „Outplacement“ für die unteren Chargen der Berufshierarchie, eine preiswerte „Stilllegungsprämie“ mit unsicherem Ausgang für die Betroffenen. Wenig ist hingegen bekannt und überhaupt untersucht worden hinsichtlich der Wohlfandeffekte dieser Tätigkeiten, obwohl diese im Zentrum der Intentionen standen: trotz Senkung der Lohneinkommen einen

Zuwachs an Lebensqualität zu erzielen. Bergmanns Absicht war dabei, zwei Faktoren zu kombinieren: den Faktor der Freiwilligkeit und der bewußten Entscheidung zu einer Tätigkeit einerseits und den Faktor der Übertragung von Technologiefortschritten der Fabrikautomation auf den Bereich einer neu zu definierenden Eigenarbeit.

„Es gibt Alternativen zum Lohnarbeitssystem“!

Wenn heute, 25 Jahre nach den mehr oder weniger gelungenen Experimenten von Detroit, Frithjof Bergmanns Schriften erstmals größere Resonanz vor allem im deutschen Sprachraum finden, dann vielleicht nicht nur deswegen, weil das Thema „Krise der Arbeitsgesellschaft“ ins Massenbewußtsein gedrungen ist, sondern weil Bergmann unbeirrt am Doppelcharakter dieser Krise festgehalten hat und ihn immer wieder in neuen Formen darzustellen und zu entfalten versucht. Wie ein roter Faden zieht sich folgende These durch sein Werk: Die Krise der Erwerbsarbeit ist zugleich die Befreiung der emanzipatorischen Potentiale der Arbeit. Diese freizulegen, von allen Schlacken falscher Verherrlichung durch die Lohnarbeitsreligion zu befreien und in ihren genuinen Merkmalen zu identifizieren, ist Inhalt des umfangreichen Buches *„Neue Arbeit, Neue Kultur“*.³

Der Autor führt in philosophischer Hinsicht quasi einen Mehrfrontenkrieg: gegen die Arbeitsreligion, gegen die Arbeitsontologie, aber auch gegen die prinzipielle Arbeitskritik, wie sie etwa Robert Kurz einfordert.⁴

Beginnen wir mit der *Arbeitsontologie*: Arbeit als überhistorische Kernbestimmung des Menschseins. Bergmann ist wohl Philosoph, aber er vermeidet gerade das Philosophieren. Es scheint, daß aus den allgemeinen Bestimmungen

von Arbeit ebensowenig über ihre historische Gestalt hergeleitet werden kann wie aus den allgemeinen Eigenschaften von Früchten die Giftigkeit oder Bekömmlichkeit einer Beere. Mit anderen Worten: Lohnarbeit ist eine historische, transitorische Form der Arbeit und als solche formte sie die Arbeit selbst. Sie ist nicht zu trennen vom Industriesystem, dessen erfolgreichste historische Gestalt der Kapitalismus war, der erstmals in der Geschichte auf „Arbeit sans Phrase“ beruhte, auf dem Organisieren jeder Art von Produktion als Ausstoß einer „ungeheuren Warensammlung“ (Marx), um durch Rückverwandlung in Geld die Kommandogewalt über gesellschaftliche Arbeit zu erhöhen und eben nur unter diesen Bedingungen Arbeit organisiert – ganz egal, wo letztlich die Eigentümer sitzen. Ein System, für welches die Existenz von Armut, von Ausschluß von gesellschaftlichem Reichtum funktional ist. Ein System, welches die erzwungene Nichtarbeit genauso hervorbringt wie immense Mehrarbeit, die ständig zunehmende Beschleunigung der Arbeit auf seiten der „Arbeitsplatzbesitzer“. Ein System, welches sowohl absurde Sparsamkeit und ängstliche Berechnung hervorbringt wie eine ständige, systemische und notorische Überproduktion und die Verschwendung von Ressourcen: „Während das Lohnarbeitssystem einerseits Berge von leeren Hülsen erzeugt, läßt es andererseits große Bereiche notwendiger und wichtiger Arbeit ungetan“ (2004, 89). All dies sind Hinweise, daß auch Begriffe wie „Arbeitsgesellschaft“, die die Ontologie der Arbeit in der Soziologie wiederaufleben lassen, irreführend sind.

Damit eng zusammen hängt Bergmanns Ablehnung der *Arbeitsreligion*, in der sämtliche politischen Kräfte die Schaffung von Arbeitsplätzen als Lö-

sung aller Probleme beschwören, die „employability“ verabsolutieren. Sie lassen Arbeitslose in Scheinausbildungen und „Maßnahmen“ hetzen, die nichts anderes als die „Bereitschaft“ zu arbeiten am Leben halten sollen, die dem Arbeitsfetisch sukzessive „unproduktive“ Sozialausgaben, Kultur, Freizeit, öffentliche Dienste opfern und ständig und immer wieder die Vorstellung von der prinzipiellen Knappheit und dem daraus folgenden Wert von Arbeitsplätzen bemühen. „Das Lohnarbeitssystem hat uns die Wahnvorstellung eingeimpft, daß es nur eine begrenzte Menge von Arbeit gibt...sodaß es sinnvoll zu sein scheint, davon zu sprechen, dass 'uns die Arbeit ausgeht', so wie einem die natürlichen Ressourcen Kohle oder Öl ausgehen können“ (99).

Nichts sei verfehlt, und schon die Berufung auf die trivialste Alltagserfahrung eines Bauern oder einer Hausfrau könnte diese Vorstellung Lügen strafen. Tatsächlich ist ja der Bedarf an Arbeit angesichts der zunehmenden Verwahrlosung von Gesundheit, Alltagsbedürfnissen, Kultur etc. sogar voluminös gestiegen. Der Umstand, daß von seiten der Wirtschaft trotz Intensivierung und Beschleunigung der Arbeit immer weniger Arbeitsvolumen bezahlt werden könne, rechtfertige nicht die Rede vom „Ende der Arbeit“ (Rifkin). „Wir haben uns beeilt, wie ertrinkende Hühner mit schlagenden Flügeln all diese Opfer zu bringen, weil wir überzeugt waren, dass wir in jedem Moment so nutzlos und überflüssig sein könnten wie in Büsche geworfene leere Flaschen. Wir glaubten an die Apokalypse, an das Ende aller Arbeit. Aber eben das war widersinnig, zutiefst und abgrundtief lächerlich und zur gleichen Zeit abgrundtief traurig. ...weil der Gedanke, Arbeit sei so etwas wie eine natürliche Ressource, oder wie ein Fluß, schlicht und einfach falsch ist“ (102).

Das führt uns zu der dritten verbreiteten theoretischen Sackgasse, der *Arbeitskritik*. Denn die Ablehnung der Lohnarbeit, der abstrakten, fremdbestimmten Leistung von Arbeitsquanta unter dem Kommando des Vorgesetzten oder des anonymen Markts, das Konstatieren der vampirhaften Natur toter Arbeit, die im Kapital als anwendender Macht vergegenständlicht ist, und die Entzifferung dieser Arbeit als „Substanz des Kapitals“ (Robert Kurz) rechtfertigen nicht, der Arbeit an sich den Kampf anzusagen. Arbeit ist vielmehr auch in ihrer entfremdeten Form eine Strukturformel des Menschseins, ist die Fähigkeit, zwischen einem Istzustand und einem Ziel, einem Wunschzustand zu unterscheiden und die Aufhebung dieser Differenz zu bewerkstelligen, und als solche sozusagen unhintergebar: „Man könnte darauf hinweisen, daß es nicht ein einziges Objekt in dieser Welt gibt, das nicht zum Empfänger von mehr Arbeit werden könnte. Jeder Stuhl und jede Bank und jeder Tisch kann noch verbessert werden, kann durch zusätzliche Arbeit stabiler, eleganter oder ansprechender gemacht werden.“ (104)

Arbeit ist ihrem Wesen nach – und Bergmann macht nicht viel Aufhebens um dieses Wesen – die andere Seite des Denkens, das sich von der Unmittelbarkeit der Erscheinung trennt, um zum Kern der Dinge vorzustoßen. Es geht darum, nicht in der schlechten Differenz von Vorgestelltem und Wirklichem zu verharren, sondern zur Identität von Wesen und Erscheinung zu gelangen. So wie sich Denken in der Erklärung der Dinge abarbeitet, so betätigt sich Arbeit in der Veränderung der Welt. Die Wahrnehmung der Möglichkeiten, das Lernen um die Gewordenheit der Dinge, schließt den Wunsch und die Aufgabe ihrer zielgerichteten Veränderung mit ein.

Doch noch mehr: Wie der Mensch im Denken zum Ansichsein der Dinge

vorzustreben, die subjektive Zutat wegzukürzen versucht, so richtet er in der Arbeit seine Anstrengungen darauf, daß die Dinge von selbst ihrem Ideal ähnlicher werden. Er schiebt nicht nur Werkzeuge zwischen sich und die Dingwelt, läßt Dinge auf Dinge wirken, sondern dieses Wirken soll möglichst nachhaltig und ohne Zutun des Menschen zum Ziel führen: das Gestell, der Automat.

Arbeit, so schrieb Ulrich Sigor einmal, sei charakterisierbar als jene menschliche Tätigkeit, die ihre eigene Verminderung zum Ziele hat. Die Paradoxie ist freilich, daß gerade darin ständig neue Handlungsoptionen und -notwendigkeiten entstehen. Der Arbeit geht gerade deswegen die Arbeit nicht aus, denn wo sie auf der einen Seite wegbreicht, wäre rationellerweise neuer Handlungsspielraum geschaffen, kann sich das Denken neuen Möglichkeiten zuwenden. Und wo mehr Agentien in Bewegung gesetzt werden, mehr Prozesse ablaufen, bedarf es mehr des Denkens und mehr neuer Arbeit, sie in Ordnung zu halten. Daß diese Logik durch die Wirtschaft gekappt ist, daß der ständig steigende Bedarf an Arbeit durch Arbeit systematisch ignoriert wird, darf der Arbeit nicht als ihre Naturbestimmtheit im „Lohnarbeitssystem“ angerechnet werden.

Die Autonomisierung der Arbeit und die „Armut der Begierde“

In diesem Sinn ist Frithjof Bergmann einer der wenigen, der die kopernikanische Wende wagt und gerade vom Standpunkt der Evolution der Arbeit her die „Pathologie des Lohnarbeitssystems“ (83ff.) angreift, das sich in einem historischen Prozeß das Monopol auf Arbeit angeeignet hat. Genau in dem historischen Moment, in dem auf der einen Seite dieses Monopol auf Arbeit

im Sinne der Massenbeschäftigung zusammenbricht, in dem die letzten Gefechte für die Aufrechterhaltung dieses Monopols mit Arbeitssimulation und Arbeitszwang geführt werden, bricht sich auch eine neue Form der Arbeit Bahn, die grundverschieden vom alten System funktioniert. Diese neue Form der Arbeit zeichnet sich dadurch aus, daß sie der ganzen zwanghaften Vergesellschaftung, die in der sozialistischen Spielart des Industriesystems auf ihre absurde Spitze getrieben wurde, nicht mehr bedarf. Neue Arbeit fragt nach dem, was die Menschen „wirklich wollen“ (121 ff.) und gründet ganz radikal in der freien Entscheidung für sie als bester Basis ihrer Entfaltung. Sie sucht die Realisierung primär im individuellen Handlungsraum, dessen Möglichkeiten sie zu erweitern sucht.

Bergmann greift hier einen Gedanken auf, der in anderer Form von Alvin Toffler und Marshall McLuhan geäußert wurde. Das Industriesystem vergegenständlicht im Lauf seiner Reife immer mehr produktive Intelligenz in den Produkten, die ihrerseits zu Produktionsmitteln werden, in den Händen von immer mehr Menschen, bis es qualitativ in ein neues System umschlägt, das von Dezentralisierung und Selbstbestimmung dominiert wird. Dieser Wechsel im Epizentrum gesellschaftlicher Produktivität – weg von der Fabrik und hin zum Individuum – hat vor Jahrzehnten schleichend und allmählich begonnen und ist in der Gegenwart bereits in konkreten Prozessen und Projekten im Gange. Die immer intelligenteren Peripheriegeräte der Computer fangen an, materielle Produkte zu schaffen – und eine explosive Zunahme ihrer Vielseitigkeit und Anwendbarkeit ist absehbar.

Dieselbe Ursache, die auf der einen Seite zur immer drastischeren Reduktion der industriell verwertbaren Arbeitskraft führt – die Ausbreitung der

Mikroelektronik und Automation -, ermöglicht so auf der anderen Seite ein Autonomwerden, ein Selbständigwerden der Arbeit, das historisch ohne Parallele ist. Frithjof Bergmann schließt den Weg in die Selbständigkeit nirgends aus, doch stellt er das Mißverständnis, sein Konzept der Neuen Arbeit würde sich für die Gründung von „Ich AGs“ stark machen, deutlich klar. Es gehe nicht darum, auf eine noch schlimmere Art und Weise zum „Sklaven des Marktes“ zu werden, als dies durch das Lohnarbeitssystem ohnehin schon geschehe.

Daß es andere, ganz neue Organisationsweisen der autonomen Arbeit gibt, hat sich in großem Stil in der Open Source Bewegung gezeigt: Die modernen Informationstechnologien geben den Produzenten mehr denn je die Möglichkeit, sich direkt zu vernetzen und kooperativ zu ergänzen. Wenn diese Möglichkeit wahrgenommen wird, dann führt sie auch zu Austausch an Wissen, Erfahrungen und Kompetenzen, die auch sehr anspruchsvollen Vorhaben einen möglichen Raum der Entfaltung gibt.

Doch noch sind wir auf vielen Gebieten nicht so weit, und die Interventionsversuche der Neuen Arbeit konzentrieren sich derzeit auf ein ganz anderes Gebiet: dem Gebiet der ständig

anschwellenden „Ränder“ der Produktionsweise, die von der sich auf einen diffusen „Zentralraum der Flüsse“ zurückziehenden Industrie verlassen und aufgegeben werden. Das wahre Ausmaß der Katastrophe der Lohnarbeit wird erst dort sichtbar, wo die Wanderarbeiter aus den ländlichen Gebieten mit den sinkenden Wachstumsraten der Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft zusammenprallen.

An die Ränder der großen Städte der Dritten Welt, wo die Arbeitslosigkeit gepaart ist mit dem Überlebenswillen, dorthin – konkret nach Johannesburg – hat sich auch Frithjof Bergmann begeben, um im wirtschaftlichen Niemandsland der kooperativen High-Tech-Eigenproduktion einen Raum zu erschließen. Dort hat er ein Experimentierfeld für die Überwindung dessen erschlossen, was die Jahrzehnte und Jahrhunderte der Gewöhnung an Lohnarbeit als die „Armut der Begierde“ (134 ff.) zurückgelassen haben und woran so viele Menschen leiden. Dennoch ist dieses Experiment sowohl vom Anspruch als auch von den Inhalten her alles andere als ein Armutsprogramm. Erhofft wird eine Rückwirkung auf die reichen Länder, in denen selbstorganisierte Gemeinschaftsproduktion auf hohem technischen Niveau einstweilen noch Utopie bleibt.

Anmerkungen

- 1 Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus, Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Frankfurt 1999 (Eichborn)
- 2 Norbert Wiener: Kybernetik, Regelung und Nachrichtenübermittlung im Lebewesen und in der Maschine, Düsseldorf 1992, S. 49 ff. zuerst 1948)
- 3 Frithjof Bergmann: Neue Arbeit, Neue Kultur. 433 S., Arbor Verlag, Freiamt. Folgende Seitenzahlangaben aus diesem Buch.
- 4 So in sehr vielen Essays der Zeitschrift „Krisis“ (später „Exit“) und im populär

verfaßten „Manifest gegen die Arbeit“, Nürnberg, 1999, das mit den Worten beginnt: „Ein Leichnam beherrscht die Gesellschaft – der Leichnam der Arbeit. Alle Mächte rund um den Globus haben sich zur Verteidigung dieser Herrschaft verbündet: Der Papst und die Weltbank, Tony Blair und Jörg Haider, Gewerkschaften und Unternehmer, deutsche Ökologen und französische Sozialisten. Sie alle kennen nur eine Parole: Arbeit, Arbeit, Arbeit!“

Michael Albert: Parecon. Leben nach dem Kapitalismus. Trotzdem Verlagsgesellschaft, Frankfurt/M. 2006 (320 S., 20.– €)

„Es gibt nichts Neues unter der Sonne“ ist der Lieblingsspruch aufgeklärter Reaktionäre“, schrieb Bertrand Russell einmal. Die moderne Variante dieses Spruchs wurde in den achtziger Jahren von Russells Landsfrau, der Ikone des Neoliberalismus, Margaret Thatcher, geprägt: TINA oder „There Is No Alternative“ – es gibt keine Alternative zu Zuständen, die zwar für viele hart und unbefriedigend sein mögen, mit denen man sich aber besser abfindet; wenn man weiss, dass sie ohnehin nicht verändert werden können.

Besonders seit dem Zusammenbruch des Ostblocks Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre verweisen Russells „aufgeklärte Reaktionäre“ gerne darauf, dass sich hiermit jeder Versuch nicht profitorientierten Wirtschaftens als endgültig untauglich und die Etablierung von grundlegend „Neuem unter der Sonne“ als unmöglich erwiesen habe. Somit basiere der moderne Kapitalismus zwar auf dem nicht unbedingt moralisch einwandfreien Motiv des Eigennutzes, sei aber dennoch auf lange Sicht das für die Menschen „attraktivste Modell“.

Gerade diese beiden Punkte – Alternativlosigkeit zum und Attraktivität des Kapitalismus – sind es, an denen das neue Buch des langjährigen politischen Aktivisten und Mitbegründers eines alternativen Pressehauses, Michael Albert, ansetzt. In *Parecon – Live After Capitalism* [Parecon – Leben nach dem Kapitalismus] führt er auf gut 300 Seiten aus, wie participatory economics – dafür steht das Kürzel „Parecon“ – funktionieren könnte, also wie die traditionellen Werte progressiver Bewegungen wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität

im Bereich der Wirtschaft zur Geltung kommen und auf realistische Art in die Praxis umgesetzt werden könnten.

Michael Albert kommt aus der radikalen US-amerikanischen Studentenbewegung der sechziger Jahre und sammelte Ende der siebziger Jahre in dem von ihm mitbegründeten anarchistischen Bostoner Verlag South End Press seine ersten Erfahrungen mit nicht-kapitalistischem Wirtschaften innerhalb einer kapitalistischen Gesamtökonomie. Parecon, das Modell einer auf größtmöglicher Partizipation aller Beteiligten basierenden Wirtschaft, das er in seinem Buch vorschlägt, wurde von ihm im Laufe einer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftswissenschaftler Robin Hahnel ausgearbeitet und enthält von daher unmittelbare praktische Erfahrungen beim Versuch, demokratische Teilhabe mit betriebs- und makrowirtschaftlichen Kalkulationen zu verbinden.

Albert geht davon aus, dass die zentralen Fragen, die jedes Wirtschaftsmodell beantworten muss, um aus einer Utopie Realität zu werden, folgende sind: „Wie sollen die Menschen entlohnt werden? Wie sollen Entscheidungen getroffen werden? Wie soll die Arbeit organisiert werden? Wie soll die Wirtschaft festlegen, was produziert und konsumiert wird?“ Schon aus diesen Fragestellungen selbst wird klar, dass der normative Aspekt hier die entscheidende Rolle spielt, und so ist es wenig erstaunlich, dass Albert gleich zu Beginn den ausführlichen ersten von vier Teilen seines Buches der Frage der „Werte und Institutionen“ widmet. Nachdem er im ersten Kapitel die grundsätzliche Frage behandelt, was überhaupt unter „Wirtschaft“ zu verstehen ist, diskutiert er im zweiten Kapitel, welche Werte in einer möglichen Wirtschaft der Zukunft verwirklicht werden sollten, um dann im dritten und ab-

schließenden Kapitel des ersten Teils „Beurteilung von Wirtschaften“ aufzuzeigen, wie diese Werte sich konkret auf existierende oder mögliche Wirtschaftsmodelle anwenden lassen.

Besonders wichtig im Zusammenhang mit der historischen Entwicklung ist dabei, dass Albert sich von vornherein nicht nur vom Kapitalismus, sondern auch von Modellen wie dem marktwirtschaftlichen Sozialismus und dem zentral geplanten Sozialismus abgrenzt. Die Problematik beim Übergang zu einer auf der grundsätzlichen Gleichheit aller Akteure beruhenden „klassenlosen Gesellschaft“ besteht für ihn also nicht nur in einer längerfristig angezielten Abschaffung der Basis für eine Klasse von Kapitalisten und Managern, sondern auch darin, vermittelnd zu verhindern, dass eine neue Klasse von „Koor­dinatoren“ entsteht, die an die Stelle der Kapitalisten und Manager tritt und so das Ziel von „Gleichheit“ und „demokratischer Partizipation“ konterkariert.

Die zentralen ökonomischen Werte, für die Albert in *Parecon* eintritt, sind gerechte Entlohnung, Selbstverwaltung, Mannigfaltigkeit der Möglichkeiten und Aufgaben sowie Solidarität. Wie immer besteht auch hier das Problem, diesen Begriffen einen konkreten, und das heißt in diesem Fall auch: organisatorischen Inhalt zu geben.

Am Beispiel der von Albert anvisierten Entlohnung wird die von ihm angestrebte Gesellschaft angedeutet: Nach seiner Vision soll jede Person nach Maßgabe ihrer persönlichen Anstrengung und ihres persönlichen Aufwands in der gemeinsamen Wirtschaft entlohnt werden. Entscheidend hieran ist der *persönliche* Aspekt: Es geht hier um den tatsächlichen Aufwand einer Person an Zeit und physischer Verausgabung, nicht um Faktoren wie das eingebrachte Kapital oder die „Schwere der Verantwortung“. In einer partizipatorischen Wirtschaft ist

die Verantwortung so gleichmäßig wie möglich auf alle verteilt, und auch die Möglichkeit, von privatem Kapitalbesitz zu profitieren, stünde in Widerspruch zum Prinzip der Entlohnung entsprechend dem rein persönlichen Einsatz: Privatkapital an Produktionsmitteln ist also hier nicht vorgesehen.

Fallen wir aber damit nicht wieder zurück in das Modell der diktatorischen und ineffizienten zentralen Planwirtschaft, deren Untauglichkeit sich längst erwiesen hat? Keineswegs, sagt Albert, denn das, was diese Kommandowirtschaften scheitern liess, war nicht das Vorhandensein eines Plans, sondern die undemokratische Art, wie er zustande kam. Parecon zufolge sollen wirtschaftliche Entscheidungen also nicht von einer Planungsbükratie gefällt werden, sondern von den betroffenen Menschen selbst.

Hierbei müssten zwei ganz unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden, nämlich der Mensch als Produzent und der Mensch als Konsument. Dementsprechend tritt Albert für ein gestaffeltes System von Produzenten- und Konsumentenräten ein, die in einem weitgespannten Netz über die Produktions- und Konsumbedürfnisse beraten und die entsprechenden Daten in mehreren Planungsrunden festlegen.

Entscheidungs- und Planungsprozesse werden also demokratisch vor­stattengehen. Aber wie, so fragt sich Albert, soll das möglich sein, wo wir doch genau wissen, dass es bestimmte Tätigkeiten gibt, die dazu tendieren, die Beschäftigten als Entscheidungsträger zu entqualifizieren, während bei anderen Tätigkeiten genau das Gegenteil der Fall ist? Konkret gefragt: Wie wahrscheinlich ist es, dass jemand, der den ganzen Tag am Fließband gestanden hat, abends auf einer Planungssitzung mit derselben Eloquenz aufwarten kann wie ein Universitätsdozent?

Sicher, im Parecon-System Alberts würde die Fließbandarbeiterin höher entlohnt als der Dozent, weil ihre Arbeit härter und ihr Aufwand daher grösser wäre, aber dieser Umstand allein würde an ihrer Entqualifizierung in Entscheidungsfragen noch nichts ändern. Hier bringt Albert eine der ingenösesten Neuerungen von Parecon ins Spiel, nämlich den „ausgeglichene Job-Komplex“. Damit ist gemeint, dass jede Person sowohl in Bereichen arbeiten soll, die der Entscheidungskompetenz förderlich sind, als auch in solchen, wo Tätigkeiten anstehen, die weniger begehrt sind.

Wir haben hier also eine erweiterte Vorstellung von Gleichheit, die nicht nur eine Gleichheit der Beteiligungsrechte herstellen will, sondern auch einbezieht, dass die realen *Bedingungen* für eine solche Beteiligung optimal ausgestaltet werden. Gleichzeitig zielt diese Vorstellung darauf, Gleichheit nicht im Sinne des „Alles-über-einen-Leisten-Schlagens“ zu verwirklichen, sondern mit dem natürlichen Streben der Menschen nach Vielfalt und Abwechslung zu verbinden. Was Albert hier vorschlägt, kann durchaus auch als ein Schritt in die Richtung der Marx-

schen Idee von der Abschaffung der Arbeitsteilung gesehen werden.

Was Michael Alberts ökonomischen Entwurf jedoch äusserst spannend macht, ist die Detailliertheit, mit der er die verschiedenen, sich aus einer solchen Vision ergebenden Probleme und Widersprüche diskutiert und zueinander in Bezug setzt. Ausgehend von ganz allgemeinen Werten wie Gleichheit und Selbstbestimmung, Werten, auf die er in seinem Buch – Teil 2: „Die partizipatorische wirtschaftliche Vision“, Teil 3: „Das tägliche Leben in einer partizipatorischen Wirtschaft“, Teil 4: „Antworten auf kritische Einwände“ – auch immer wieder zurückkommt, debattiert Albert nicht im luftleeren Raum, sondern zeigt an buchstäblich Hunderten von konkreten Beispielen und Aspekten, dass diese Werte im Bereich der Wirtschaft bisher nicht deshalb nicht verwirklicht wurden, weil dies nicht möglich wäre, sondern weil es bisher so selten wirklich ernsthaft versucht worden ist. Erst wenn ein solcher Versuch gewagt würde, wäre das etwas wirklich „Neues unter der Sonne“. Michael Albert hat dazu mit seinem Buch Parecon einen überzeugenden und anregenden Beitrag geleistet.

Michael Schiffmann

Studien zur
Philosophie & Wissenschaft
gesellschaftlicher Praxis

Das PRAXIS-Konzept
im Zentrum
gesellschaftskritischer Wissenschaft

Konkrete Praxisphilosophie
Grundlagen und Aktualität

Karl Marx als Vorausdenker
Im 21. Jahrhundert

Von der Reproduktionstheorie
Zur System-Alternative

Horst Müller (Hrsg.) - Beiträge und Quellen einer Tagung

Das PRAXIS-Konzept ...

erneuert den praxisphilosophischen
Marxismus und entwickelt sein
Wissenschaftsparadigma

aktiviert sein Geschichtsdenken
in Annäherungen an eine konkrete
Situationsanalytik unserer Zeit

wagt den Schritt von der Kritik zur
Utopistik der politischen Ökonomie

Horst Müller (Hrsg.): Das PRAXIS-Konzept
BoD-Verlag Norderstedt ISBN 3-8334-3737-5

Karin Lohr / Hildegard M. Nickel (Hrsg.): Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen. Westfälisches Dampfboot, Münster 2005 (242 S., 24.– €)

Der von Karin Lohr und Hildegard Maria Nickel herausgegebene Sammelband „Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen“ befasst sich mit einem der zentralen Themen der aktuellen arbeitssoziologischen Debatte. Im Prozess der Subjektivierung von Erwerbsarbeit gewinnt die Nutzung und der Einsatz von Subjektivität massiv an Bedeutung. Dabei wird dieser Prozess sowohl durch strukturelle Bedingungen als auch durch Veränderungen des subjektiven Arbeitshandelns konstituiert und geht mit vielfältigen Risiken, aber auch Chancen für die Beschäftigten einher.

Dabei sind zahlreiche Fragen hinsichtlich dieses neuen Topos' bislang noch unbeantwortet. Der vorliegende Band leistet einen wertvollen Beitrag zur Markierung und zur Schließung dieser Lücken, indem einige Dimensionen der Auseinandersetzung um Subjektivierung systematischer als bisher entfaltet werden. Dies gilt zum einen für das übergreifende Anliegen, Erkenntnisse der genderkompetenten bzw. feministischen Arbeitsforschung und die arbeitssoziologische Debatte um einen möglichen Strukturwandel von Arbeitskraft konzeptionell miteinander zu verknüpfen, was nicht in allen, aber in vielen Beiträgen sehr gut gelingt. Zum anderen und in engem Zusammenhang mit der eingenommenen Geschlechterperspektive widmet der Band dem gesellschaftlichen Kontext von Subjektivierungsprozessen verstärkte Aufmerksamkeit und richtet sich gegen eine individualisierende Sicht auf das subjektive Arbeitshandeln. Dadurch wird auch der Blick für die Verstärkung sozialer Ungleichheiten und für die

geschlechtliche Codierung des Verhältnisses von (Erwerbs-)Arbeit und anderen Lebensbereichen geschärft.

Hans-Peter Müller verweist in seinem Beitrag auf die Analyseperspektive von Max Weber, die auch die Forschung zum gegenwärtigen Wandel der Arbeitsgesellschaft beflügeln könne. Gerade die synthetisierende Betrachtung von Wirtschaft, Politik und Kultur sei hilfreich, um Subjektivierungsprozesse nachzuvollziehen. Wie Weber an der Bedeutung der protestantischen Ethik für die Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschaftssystems gezeigt habe, bedürfe es eines „adäquaten Typus praktischer Lebensführung als geistiger Voraussetzung“ (S.20), damit sich ökonomischer Wandel in eine bestimmte Form gießt. Zum Schluss verknüpft Müller daher auch aktuelle kulturelle und ökonomische Entwicklungen und verweist auf den Widerspruch zwischen einer „Renaissance der puritanischen Berufsethik“ (S.30) und der Tatsache, dass diese im kapitalistischen Rationalisierungsprozess jedoch von einem Verlust der Teilhabechancen an Erwerbsarbeit begleitet werde.

Die Unterschiede, aber auch die Anknüpfungspunkte des industriesoziologischen Mainstream und der feministischen Arbeitsforschung, die sich mit Blick auf die Subjektivierungsdebatte und die Arbeitskraftunternehmerthese ergeben, werden im folgenden von Brigitte Aulenbacher ausgeführt. Dabei argumentiert Aulenbacher, dass der Erkenntnisstand der Frauenarbeitsforschung in weiten Teilen keinen Eingang in die Industriesoziologie gefunden habe, während die Frauenarbeitsforschung umgekehrt eher die Entwicklung der Geschlechterverhältnisse und weniger den Gegenstand Arbeit theoretisiert habe. Erst jetzt sei angesichts des Wandels von Erwerbsarbeit und von Geschlechterverhältnissen eine partielle

Annäherung der Forschungsfragen im Gange. Ein Dialog, in dem sich die Forschungsstränge ergänzen könnten, sei aber durch seine „herrschaftsförmige Konstellation“ und damit verbundene Diskursblockaden erschwert.

G. Günter Voß und Cornelia Weiß setzen sich mit der Kritik der genderkompetenten Arbeitsforschung an der Arbeitskraftunternehmerthese auseinander und stellen eine Studie vor, in der Erwerbsorientierungen von Angestellten und ArbeiterInnen in (bedingt) entgrenzten Arbeitsformen untersucht wurden. Dabei kommen sie zu dem Befund, dass der Typus des Arbeitskraftunternehmers empirisch möglicherweise (eher) weiblichen Geschlechts sei, keinesfalls aber eine „Mutter“. Insbesondere die qualifizierten weiblichen Angestellten vertreten die für den Arbeitskraftunternehmer typischen Erwerbsorientierungen (Leistungsoptimierung, Autonomiegewinn, Entgrenzung). Frauen mit Sorgeverpflichtung hingegen können die für den Arbeitskraftunternehmer kennzeichnende Selbst-Ökonomisierung im Sinne umfassender Verfügbarkeit nicht leisten, so dass vor allem für diese Beschäftigtengruppe Risiken entstehen.

Auch Sünne Andresen und Susanne Völker verdeutlichen mit zwei Studien zur Deutschen Bahn AG und zu einer öffentlichen Verwaltung die Wirkung von Subjektivierungsprozessen aus Geschlechterperspektive. Mit dem neuen Arbeitskraftleitbild im öffentlichen Dienst setze sich ein individualisierendes Konzept von Leistung durch, das Gleichstellungspolitik delegitimiere und männlich codierte Arbeits- und Lebensmuster als Norm für alle Beschäftigten setze. Im Zuge der betrieblichen Reorganisation der Deutschen Bahn AG müssten den Anforderungen der Erwerbsarbeit alle anderen Lebensbereiche untergeordnet werden. Allerdings wird auch auf die Grenzen der Entgrenzung verwiesen: Im

Zeitverlauf kommt es zur Überforderung und zum Rückzug von Beschäftigten. Indem Andresen und Völker die Individualisierung von gesellschaftlichen Problemlagen, die Abspaltung von Lebensbereichen jenseits der Erwerbsarbeit und das der Subjektivierung inhärente Potential zur Verstärkung sozialer bzw. geschlechtlicher Differenzierung problematisieren, erschliessen sie weiterführende Perspektiven für die arbeitssoziologische Debatte.

Andreas Lange, Peggy Szymenderski und Nicole Klinkhammer diskutieren vor dem Hintergrund des Entgrenzungskonzepts das Spannungsverhältnis zwischen privater Lebensführung und Erwerbsarbeit und die Verknüpfungsleistungen, die insbesondere erwerbstätige Frauen erbringen müssen. Aus einer Gemengelage von alten und neuen Widersprüchlichkeiten, die durch den Formwandel von Familie und Erwerbsarbeit entstehe, resultierten „forcierte Ambivalenzen“, die insbesondere hinsichtlich ihrer zeitlichen Dimension plastisch veranschaulicht werden. Abschließend geht es um arbeits- und familienpolitische Maßnahmen, die diese Ambivalenz entschärfen können.

Hildegard Matthies befasst sich in ihrem Beitrag mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs, der dem Arbeitskraftunternehmer vergleichbar „ein hohes Maß an Entrepreneurshipping“ im Sinne von strategischer Planung und Risikoinvestition“ (S.149) beweisen müsse.

In einem historischen Abriss über den Wandel organisierter Wissenschaft zeigt Matthies, dass Selbstunternehmertum, Networking mit bereits anerkannten WissenschaftlerInnen und die Unterordnung des Privaten unter die wissenschaftliche Tätigkeit konstitutiv für eine Karriere sind. Dabei eröffne die Ablösung von personalisierten Verfahren durch marktförmige Strukturen Frauen in der Wissenschaft zwar einerseits

bessere Erfolgchancen, andererseits werde aber in der Wissenschaft implizit vorausgesetzt, dass der reproduktive Teil des Lebens von anderen organisiert werde. Diese 'Anderen' werden jedoch mit dem weiblichen Geschlecht assoziiert, was unabhängig von der Lebensform von Frauen zum Ausschlusskriterium werden könne.

Klaus Dörre setzt sich mit der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen in den „unteren Etagen der Arbeitsgesellschaft“ auseinander, die in der hiesigen Debatte um Vermarktlichung und Subjektivierung von Arbeit bislang unterbelichtet sei. Er argumentiert, dass neben strukturellen Merkmalen von Prekarität auch die subjektiven Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung (z.B. im Hinblick auf Sinn, Anerkennung und Planungsmöglichkeiten von Erwerbsarbeit) stärker herausgearbeitet werden müssen. Wie Dörre am Beispiel von (männlichen) Leiharbeitern in der Automobilindustrie zeigt, wirkt prekäre Beschäftigung auch negativ auf bestehende Normalarbeitsverhältnisse zurück und begünstigt offensichtlich „Formen betrieblicher Integration, die weniger auf Teilhabe als auf subtil wirkenden Zwängen und Disziplinierungsmaßnahmen beruhen“ (S.196f.; vgl. auch den Beitrag in diesem Heft).

Der abschließende Problemaufriss der beiden Herausgeberinnen Karin Lohr und Hildegard Maria Nickel, der noch einmal zentrale Themen und Themen des Bandes aufgreift, verdeutlicht, dass „in der Debatte um die Subjektivierung (...) bezüglich (un-)gleichheitsrelevanter Chancen und Risiken zumindest drei differenzierende Faktoren sichtbar [werden]: erstens das Maß der Inklusion in Erwerbsarbeit, zweitens die Qualifikation und drittens die von Sorgearbeit bestimmte Verfügbarkeit und damit das Geschlecht“ (S.223). Dabei stellen Lohr und Nickel vor allem das Paradoxon von erweiterter Teilhabe und sozialer Verwundbarkeit heraus, das sich im Zuge von Vermarktlichung und Subjektivierung von Arbeit gerade für Frauen ergebe. Der Beitrag endet mit dem Plädoyer für ein neues Bündnis zwischen Geschlechterpolitik und „widerständiger“ Arbeitspolitik.

Insgesamt liegt mit diesem Buch ein lesenwerter Band vor, der einen weiteren Beitrag zur Etablierung einer kooperativen Arbeitsforschung leistet, und damit unbedingt für kritische ArbeitsforscherInnen zu empfehlen ist. Auf eine Fortsetzung des Dialogs darf man gespannt sein.

Julia Lepperhoff



2005 · 436 Seiten · Broschur
EUR (D) 32,- · SFr 57,20
ISSN 1613-4702

Schwerpunkt dieses Doppel-Heftes des »Journal für Psychoanalyse« mit Dreifachumfang ist Fritz Morgenthaller (1919-1984), dem das Psychoanalytische Seminar Zürich den internationalen Kongress »Traum – Technik – Sexualität« widmete, der unter dem Motto stand, Morgenthaller produktiv anzuwenden. Da Morgenthaller nicht nur Psychoanalytiker, sondern auch Maler war, gehörten zum Kongress die Vernissage und die Ausstellung seiner Bilder, von denen einige in das Heft integriert sind.

PSV
Psychosozial-Verlag

Goethestr. 29 · 35390 Gießen
Tel. 06 41/9716903 · Fax 06 41/77742
bestellung@psychosozial-verlag.de
www.psychosozial-verlag.de

Ingrid Kurz-Scherf / Lena Correll / Stefanie Janczyk (Hrsg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Westfälisches Dampfboot, 2005 (295 S., 29.90 €)

Das vorliegende Buch ist ein Sammelband. Es vereinigt vor allem die Vorträge der gleichnamigen Tagung in Marburg im Frühjahr 2005 und wird ergänzt durch das „Memorandum zur zukunfts-fähigen Arbeitsforschung“, das die Marburger Forscherinnen aus ihrem dreijährigen Forschungsprojekt heraus gewissermaßen als Fazit erarbeitet hatten.

Wir finden hier also eine interessante Mischung aus Beiträgen der Marburger BMBF-Projekts „Feministische Arbeitswissenschaft“, angesiedelt innerhalb des Forschungsverbundes zur „Zukunftsfähigen Arbeitsforschung“, sowie neuere Beiträge von Arbeitswissenschaftlern wie G.Günter Voss und Cornelia Weiß. Darüber hinaus gibt es einige Artikel mit Erfahrungen in neuartigen Methoden. Weniger vertreten sind Praktiker wie Joachim Beerhorst und Gerhard Bosch zur gewerkschaftlichen Arbeitspolitik.

Der Verdienst des Buches liegt eindeutig darin, die aktuelle bundesdeutsche Diskussion über Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, aktuelle Probleme der Regulation und Ansatzpunkte für eine (demokratie)politische Praxis in einem Band zusammenzufassen. Es finden sich Grundsatzbeiträge, die sich über die Perspektiven von Arbeit Gedanken machen ebenso wie methodologische Beiträge, die aus dem Forschungsprojekt selber stammen sowie Beiträge von Arbeitnehmervertretern und Politikern.

Insgesamt ein streitbares Buch, dass zum Diskutieren und Innehalten einlädt. Etwa wenn Ingrid Kurz-Scherf, Lena

Corell und Stefanie Janczyk gleich in der Einleitung fordern, den Blick wieder stärker „auf Zusammenhänge und Verknüpfungen“ zwischen den Forschungsperspektiven und Gestaltungspotentialen rund um Arbeit zu richten. Für ihr eigenes Forschungsprojekt reklamieren sie den Anspruch, die fragmentierten Perspektiven auf Wandel und Zukunft der Arbeit überwunden und aufgezeigt zu haben, dass „die Geschlechterproblematik sich oftmals inmitten des Spannungsbogens zwischen Differenz und Interdependenz aufbaut – etwa zwischen Erwerbsarbeit und Hausarbeit, Politik und Ökonomie, Wissenschaft und Praxis“ (S.9.) Diesem Dilemma treten sie im vorliegenden Buch entgegen, indem sie die einzelnen Abschnitte bereits in der Kapitel-Überschrift als Verknüpfungen gliedern, etwa in: *Arbeit und Leben*, *Arbeit und Politik* und *Arbeit und Geschlecht*.

Was findet man unter diesen Überschriften? Ich möchte hier drei Beiträge herausgreifen. Beginnen wir unter der Überschrift *Arbeit und Leben* mit dem Beitrag von Stefanie Janczyk zu Arbeit, Leben, Soziabilität. Die Autorin unternimmt den Versuch, Erwerbsarbeit ganz spezifisch im Unterschied zu anderen Arbeits- und Lebensbereichen zu erfassen. Zunächst mal muss man darauf hinweisen, dass der Gedanke, Arbeit sei mehr als Erwerbsarbeit, in der bundesdeutschen Theoriediskussion seit einigen Jahren Fuß gefasst und Eingang in die Debatten zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft gefunden hat. Aus der Angst mancher Bedenken-träger, uns als Gesellschaft könnte die Arbeit ausgehen – deutlich artikuliert in Wahlkampfpapieren wie „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ oder „Sozial ist, was Arbeit schafft“ –, spricht eine Geisteshaltung, die Kurz-Scherf treffend persifliert hat in der Zuspitzung „Hauptsache Arbeit, egal welche“ (S. 16 ff.).

In feministischen Diskussionen der letzten 20 Jahre ist demgegenüber immer wieder darauf hingewiesen worden, dass Frauen seit Jahrhunderten arbeiten, ohne in Erwerbsarbeit zu stehen, und dass es andere Formen von Eigenarbeit, Fürsorgearbeit, Gemeindearbeit usw. gibt – ohne diese die gegenwärtige Gesellschaft gar nicht denkbar wäre. Diese Arbeiten haben bisher nicht ins herrschende System von Geldregulation und offiziellen Wertehierarchien Eingang gefunden. Im Gegenteil waren sie lange Zeit im Bereich des Privaten und Unsichtbaren angesiedelt.

Vor diesem Hintergrund beschreibt Stefanie Janczyk zunächst die Widersprüche zwischen Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen und -systemen. Sie setzt sich kritisch mit den verschiedenen neueren Konzepten, etwa dem Konzept der ‚Alltäglichen Lebensführung‘ und dem Konzept ‚Vereinbarkeit von Arbeit und Leben‘ auseinander und zeigt jeweils deren Schwachstellen auf. Schließlich führt sie die ‚Soziabilität‘ als neuen Begriff ein, entstanden innerhalb des Marburger Projektes GendA. Der Begriff markiert einerseits eine Nähe, andererseits aber auch einen Unterschied zu Ansätzen der Vereinbarkeit oder Vereinbarung. Es wird vorgeschlagen, die externe, interne und gesellschaftlich-politische Dimension zu unterscheiden.

Mit ‚externer‘ Dimension ist dabei die äußere Möglichkeit der Vereinbarkeit des privaten Lebensbereichs mit anderen Lebensbereichen gemeint, wie sie durch die gegenseitige Durchdringung der Bereiche bestimmt werden. Dies äußert sich häufig in zeitlicher Unvereinbarkeit und Nachwirken von Arbeitsdruck und Arbeitsinhalt. Die ‚interne‘ Dimension umschreibt die Zerreißprobe im Subjekt, welches hin- und herwechseln muss zwischen der

Arbeitslogik, die in der Privatsphäre vorherrscht, und derjenigen, die die Berufstätigkeit erfordert, immer im Versuch, diese beiden in Einklang zu bringen. Die gesellschaftlich-politische Dimension der Soziabilität wiederum nimmt in den Blick, wie Erwerbsarbeit in die Demokratie eingebunden werden kann.

Im Kapitel *Arbeit und Politik* möchte ich mich näher mit dem Beitrag von Alexandra Scheele zu „Arbeit als politisches Feld“ beschäftigen. Scheele geht von der Beobachtung aus, dass dieser Zusammenhang in der Politikwissenschaft bisher nur ungenügend erfasst und bearbeitet wird, denn Arbeit wird gemeinhin im Koordinatensystem Markt-Geld-Wirtschaft verortet, während Politik traditionell in einem anderen definitorischen Zusammenhang steht. Daher sucht sie nach Ansätzen, um diese Forschungslücke befriedigend schließen zu können. Die Abtrennung der Arbeit aus der Politik wird vor allem aus feministischer Sicht seit Jahren kritisiert.

Scheele versucht stattdessen, Arbeit „politisch zu denken“ (S. 196). Sie fokussiert auf den Bourdieuschen Ansatz des ‚politischen Feldes‘, um den Zusammenhang in einer Weise thematisieren zu können, der die Geschlechterfrage berücksichtigt. Obwohl Bourdieu selbst in dieser Studie die Geschlechterfrage ausgeklammert hat, erscheint ihr sein Ansatz des ‚politischen Feldes‘ hilfreich, um die immanenten Verschränkungen aufzuzeigen. „So transportiert die gesellschaftliche Organisation von Arbeit und ihre wohlfahrtsstatistische Absicherung implizite und explizite geschlechtliche Zuschreibungen wie das ‚Normalarbeitsverhältnis‘ oder den ‚Familienernährer‘“ (S.198). Das heißt: Ökonomische Konstellationen, politische Regelungen und normative Zuschreibungen sind eng miteinander

verbunden. Hier haben wir es mit einem ‚politischen Feld‘ zu tun, in dem ökonomische Erfordernisse, Regulierung durch den Staat, vielfältige Akteure, Organisationen und gesellschaftliche Normen ein Geflecht bilden. Nach Ansicht der Autorin kann die Arbeitswissenschaft nur durch eine bewusste Auseinandersetzung mit diesem Konglomerat wieder zu ihrem emanzipatorischen Potential finden, das ursprünglich von sinnvoll-produktiver Arbeit und einer entsprechenden politischen Praxis ausging.

In Kapitel *Arbeit und Geschlecht* befasste ich mich eingehender mit dem Aufsatz von Ursula Müller zu ‚Geschlecht, Arbeit und Organisationswandel‘. Darin stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Arbeit und Geschlecht in Organisationen und deckt neue Diskrepanzen auf, wie sich die Geschlechterfrage in einzelnen Organisationen einerseits und dem Arbeitsmarkt als ganzem andererseits manifestiert.

Zunächst widmet sich die Autorin einer kritischen Auseinandersetzung mit traditionell geschlechtsneutralen organisationsbezogenen Theorieangeboten und streift dann die ersten feministischen Erklärungsversuche, von denen hier die an Max Weber orientierte Rosabeth Moss Kanter (1977) und Kathy Fergusin (1984) genannt seien.

Spätere Untersuchungen von Wilz (2002), Kuhlmann (2002) und Kutzner (2003) zeigten die geschlechtersegregierenden Organisationsverhältnisse im Bereich der Produktion wie der Dienstleistung auf, blieben jedoch auf der phänomenologischen Ebene. Müller hingegen plädiert für das Erkenntnis-konzept von Geschlecht als Konstruktion. Darin nämlich zeige sich, dass die operative und symbolische Abgrenzung von Arbeitsbereichen für Männer und Frauen vor allem vom Interesse bestimmt ist, die überkommene Hierarchie

in der jeweiligen Verwaltung aufrechtzuerhalten und zu legitimieren.

Anhand ihrer Untersuchung zu Geschlechterkonstruktionen im Organisationswandel am Beispiel der Polizei stellt sie dar, dass es eine starke Tendenz gibt, dem Geschlechteraspekt in Organisationen die Relevanz für den Arbeitsalltag abzusprechen. So die subjektive Sichtweise; zugleich aber findet im bürokratischen Apparat tatsächlich eine Segregierung statt – ein offensichtlicher Widerspruch also. Daher kommt sie zu dem Ergebnis: „Mit der Betrachtung von Mikroprozessen der Entstehung der Geschlechterdifferenz allein werden die derzeit beobachtbaren Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten nicht einzuholen sein“ (S.237).

Zum Schluss will ich unbedingt noch einen Gedanken von Ingrid Kurz-Scherf aufgreifen, den sie eingangs in ihrem Beitrag „Arbeit neu denken, erforschen, gestalten“ entwirft. Sie fordert, das Verständnis von ‚Arbeit‘ einer grundlegenden Revision zu unterziehen und so den Beitrag jedes Menschen zur gesellschaftlichen Reproduktion neu zu fassen. Nur dadurch könne aus den Bedingungen der Gegenwart die Möglichkeit von Zukunft aufscheinen. Das allerdings bedeutet, dass die Arbeitsforschung mit neuem Selbstbewusstsein normativ zu argumentieren beginnt. Dem schliesse ich mich an und als Ausblick sei festgehalten: Die Wissenschaft muss ihre übliche Scheu vor dem Normativen überwinden, um die gesellschaftlichen Probleme der reflexiven Moderne – als da sind: Geburtenrückgang, demoskopische Herausforderung, Schwinden der traditionellen (Erwerbs)-Arbeitsbedingungen bei gleichzeitiger Zunahme bürgerschaftlicher Anforderungen an den Einzelnen – anpacken zu können.

Eva Wonneberger

Arbeitsgruppe SubArO (Hrsg.): Ökonomie der Subjektivität - Subjektivität der Ökonomie. edition sigma, Berlin 2005 (279 S. 16,90 €)

Der vorliegende Sammelband wird von der Arbeitsgruppe SubArO (für „Subjektivität – Arbeit – Organisation“) herausgegeben. Die Gruppe setzt sich zusammen aus Andreas Drinkuth, Lutz Eichler, Peter Kels, Silvia Krömmelbein, Wolfgang Menz, Alexandra Rau und Uwe Vormbusch – fast alle als PromovendInnen im Internationalen Promotions-Centrum (IPC) am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main eingebunden.

Die Beiträge zeichnen sich durch Suchbewegungen und Positionierungen aus. Obschon der Gegenstandsbezug vor allem an den „Betrieb“ und an die „Organisation“ gekoppelt bleibt, werden die Restrukturierungsprozesse von gesellschaftlicher Arbeit in allen Beiträgen aus unterschiedlichen und zum Teil konkurrierenden Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse gedeutet. Das zentrale Anliegen der HerausgeberInnen ist der Versuch einer differenzierten Bestimmung des Verhältnisses von Arbeit und Subjektivität (Strategien, Mechanismen und Techniken der Steuerung und Kontrolle subjektivierter Arbeit), der damit erzeugten Legitimationsmuster, der subjektiven Erfahrungen und Bewältigung der neuen Arbeitsanforderungen.

Transformationsprozesse und Produktionsweisen, die in Veränderung stehen, bräuchten außerdem neue Begrifflichkeiten – analytisch analog zu dem des *Fordismus* –, die bisher noch nicht auszumachen seien. Die AutorInnen scheuen sich nicht, dieser Herausforderung zu begegnen. Beschrieben werden die *Ambivalenzen* – bzw. spezifische Paradoxien bei Hermann Kocyba

und Karola Brede –, die mit der Nutzung von Subjektivierung verbunden sind. Die Beiträge unterscheiden sich im Grad der mitgedachten Intentionalität, der handlungs- oder strukturtheoretischen Einbettung sowie möglicher Widerständigkeiten oder Determinierungen. Angesichts der Vielfalt der Einwürfe kann hier nur cursorisch und verkürzend auf die AutorInnen eingegangen werden.

Ein Großteil der Aufsätze weist Bezüge zu eigenen empirischen Projekten auf. Die hergestellten Theoriebezüge reichen von foucaultianisch motivierten Arbeiten (Miller, Rau) zu habermasianisch gefärbter Betrachtung von „*Kommunikation und abnehmender Rollendistanz*“ (Krömmelbein). Der zu Beginn plazierte Beitrag von Peter Miller zu „*Kalkulierenden Subjekten*“ hebt sich disziplinär ab, da hier eine fast kritisch betriebswirtschaftlich zu nennende Sicht auf kalkulierende Praktiken und deren alltagsweltliche Verbreitung eingenommen wird, die in deutschsprachigen Arbeiten bisher kaum Widerhall findet. Historisch mit dem Bild von Stationen arbeitend, beschreibt Alexandra Rau im Anschluss an die Gouvernamentalitätsstudien auf elegante und fundierte Weise die Programmierung von der Psychotechnik zum Modus der *Psychopolitik* als zentralen Modus der Selbststeuerung und Internalisierung von passfähigen Selbstverhältnissen (vgl. auch den Beitrag in diesem Heft).

Der Beitrag von Wolfgang Menz zielt auf das „*Subjekt der Leistung und die Legitimität des Marktregimes*“, in der er die Grenzen der Subjektivierungsthese anhand von innerbetrieblichen Legitimationsprozessen von Leistung beschreibt. Gabriele Wagner bearbeitet in der Abhandlung zur „*Kunst der Grenzziehung*“ die These, dass „autonome Selbstbehauptung ange-

sichts der Entgrenzung von beruflichen Anforderungen und subjektive(n) Möglichkeiten konstitutiv auf Formen gelungener Selbstbegrenzung beruh(e)“ (S.166). Erkenntnisleitend sind für sie weiterhin die Fragen nach Anerkennung und Möglichkeiten zur Identitätsbildung. Dies begründet sie damit, dass Identitäten konstitutiv auf Anerkennung im doppelten Wortsinn bezogen seien. Die von ihr gewählten Bezugsfolien umfassen im übrigen die These der Kompetenzsteigerung, die Erosionsthese sowie die der postmodernen Vielfalt. Die ausgewählten Stränge hätten vermutlich nicht zwangsläufig so gewählt werden müssen, dienen ihr aber zur Entfaltung der Argumentation. Anhand der Künstlermetapher beschreibt sie eigensinnige Relevanzsetzungen und macht sich für Differenzerfahrungen stark.

Die Verbindung von Crozier/Friedbergs Darlegungen zu den Zwängen kollektiven Handelns wendet Andreas Drinkuth auf ein ostdeutsches High-Tech-Unternehmen an und kommt zur These: „Und alle machen mit!“ Lutz Eichler in „*Seelenlose Unternehmer ihrer Selbst?*“ und Karola Brede in „*Leistung aus Leidenschaft?*“ verbinden adornitische Gedanken (zum Teil in der Konsequenz fast allumfassend oder unentrinnbar wirkend) mit psychoanalytisch und sozialpsychologisch durchdrungenen Einwüfen. Lutz Eichler diagnostiziert beispielsweise irrationale Folgen der Rationalisierung und beschreibt die mit den Transformationsprozessen einhergehenden innerpsychischen Veränderungen – wie er einräumt „vereinfachend“ – als „Entwicklung vom klassischen Autoritarismus zum Narzissmus“ (S.215).

Als weitere Theoriebezüge, die in einzelnen Beiträgen wiederholt auftauchen, seien die Studien von Bröckling, Moldaschl, Boltanski/Chiapello, Voß/

Pongratz genannt. Ein Beispiel möge dies verdeutlichen: Ein Großteil der Beiträge kommt an der Debatte um den AKU (Arbeitskraftunternehmer) von Voß/Pongratz (1998, 2003) nicht vorbei. Analytisch positiv beziehen sich – wenn auch zum Teil nur einleitend – Drinkuth (117) und Krömmelbein (183) oder einschränkend Kels und Vormbusch in ihrer Darlegung zum „*Human Resource Management als Feld der Subjektivierung von Arbeit*“ auf den AKU sowie Lutz Eichler; dann Hans Pongratz selbstverständlich in seinem Aufsatz zur „*Subjektivierung und Interessensvertretung*“, der eher deduktiven Bildungsansätzen zu folgen scheint und den gestaltungspolitisch greifbarsten Ansatz entwickelt, sowie Kocyba.

Letzlich bearbeitet Brigitte Aulenbacher in ihrem teilweise ironisch-reflexiven Beitrag zur „*Zeitdiagnostik im Nachvollzug der Rationalisierung*“ die Perspektiven der Debatte zur Subjektivierung von Arbeit und die darin eingezogene – wie sie formuliert – „besondere Berücksichtigung von Geschlecht“. Maßgeblich mit Oskar Negt, Brigitte Young und Regina Becker-Schmidt argumentierend, entwickelt sie eine immanent angelegte Kritik der industrie- und arbeitssoziologischen Debatte, in der sie zunächst sorgfältig die Argumentationslinien des Topos Subjektivierung von Arbeit rekonstruiert. Hierin würden Geschlechterverhältnisse in der Regel als das Besondere und nicht verbunden mitgedacht.

Hermann Kocybas Anliegen ist eine Rekonstruktion von Boltanskis und Chiapellos Darlegungen zum Neuen Geist des Kapitalismus, die er in dem Beitrag „*Selbstverwirklichungszwänge und neue Unterwerfungsformen*“ zum Ausgangspunkt für eigene weiterführende Beobachtungen macht. Der Aufsatz liest sich spannend und erhellend, da die Gedanken in der hiesigen Ideen-

landschaft bisher wenig rezipiert scheinen und die oftmals affirmativen Bezüge auf Netzwerke und Projekte hier differenziert (wenn auch geschlechtsblind, ohne dass dies bei anderen nicht ebenfalls systematisch der Fall wäre) gedeutet werden. Eine Überlegung Kocybas möge dies verdeutlichen: „Die permanente Anstrengung zum Erhalt der eigenen employability tritt an die Stelle der im Rahmen von Normalarbeitsarrangements erwartbaren Arbeitsplatzsicherheit. Gefordert ist Flexibilität statt Verhaftetsein. Die eigentliche Bewährungsprobe ist nicht mehr die erfolgreiche Bewältigung einer Aufgabe, die Lösung eines Problems, sondern der Überstieg vom einen Projekt zum nächsten.“ (S.89).

Es lässt sich festhalten, dass die Beiträge zum Großteil quer zu einem industrie- und arbeitssoziologischen Mainstream stehen. Auffällig ist, dass die einzelnen Beiträge Verstrebenungen zu anderen suchen. Das Buch ist deshalb im besten Sinne als debattenorientiert zu beschreiben. Ausblendungen, die notwendigerweise bestehen, denken die

Caroline Bühler: Vom Verblässen beruflicher Identität. Fallanalysen zu Selbstbildern und Arbeitsethiken junger Erwerbstätiger. Seismo, Zürich, 2005 (228 S., Fr. 38.-)

Chantal Magnin: Beratung und Kontrolle. Widersprüche in der staatlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit. Seismo, Zürich, 2005 (394 S., Fr. 54.-).

Wann immer angesichts von Armut, Ausgrenzung oder ungleichen Zugangschancen zum Erwerbsleben die „soziale Frage“ gestellt wird, sind die sozialpolitischen Akteure bei ihrer Bemühung, sie zu bearbeiten, schnell mit wissenschaftlichen Studien und Statistiken zur Hand. Dass dabei oftmals die Legitimation ihres eigenen Handelns wichtiger

Herausgeber/innen von vornherein mit, wenn sie konstatieren: „(...) in Hinblick auf die analytische Reichweite des Konzepts der „Subjektivierung von Arbeit“ [kann] durchaus kritisiert werden, dass Entwicklungen wie die Retaylorisierung von Arbeit, die Veränderung einfacher und niedrig entlohnter Beschäftigungsverhältnisse oder die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut konzeptionell bislang ausgeklammert werden (...)“ (S.10).

Der Arbeitszusammenhang von SubArO könnte auch im Kontext der hochschulpolitisch umkämpften Umbauprozesse gesehen werden, während derer am Fachbereich Traditionslinien kritischer Theorie zur Disposition stehen. Gleichwohl sprechen die Ausrichtung der Tagung zur Subjektivierung von Arbeit im Oktober 2003 durch das IPC und die inhaltlich-finanzielle Unterstützung durch die Hans-Böckler-Stiftung dafür, dass die Debattenbeiträge und Positionierungen auf förderungswürdiges Interesse stoßen.

Simone Mazari

ist, als das genuin wissenschaftliche Interesse, die soziale Realität in ihrer Komplexität zu erfassen, ist spätestens seit der Polemik um die Langzeitarbeitslosen-„Studie“ eines Basler Ökonomieprofessors ein offenes Geheimnis: Fristgerecht zum Abstimmungstermin über die ALV-Revision erbrachte er den abenteuerlichen „Nachweis“, dass nur Leistungskürzungen in den Sozialversicherungen Arbeitslose wieder dazu animieren würden, überhaupt Arbeit zu suchen.

Umso erfreulicher ist daher, dass Christoph Maeder und Eva Nadai ihre neue Reihe „Schriften zur Sozialen Frage“ mit zwei Untersuchungen eröffnen, denen es weniger um die modellhafte Legitimierung neoliberaler Rezep-

te geht, als vielmehr um das präzise, empirisch fundierte Hinschauen. Mithilfe eines qualitativen fallrekonstruktiven Vorgehens (objektive Hermeneutik) befassen sich die beiden Studien von Caroline Bühler und Chantal Magnin aus einer je unterschiedlichen Perspektive mit den dramatischen Verwerfungen, denen die Arbeitswelt seit Beginn der 1990er Jahre unterworfen ist, und die sich durch eine hohe Arbeitslosigkeit, den Anstieg der Anzahl Beschäftigter im Tieflohnssektor und in prekären Erwerbsverhältnissen und vermehrt diskontinuierlichen Berufsbiographien auszeichnen. Anders ausgedrückt: Mit den Folgen der „Vollbeschäftigungs“-Politik, wie sie das *seco* in Anlehnung an OECD-Vorgaben auch in der Schweiz umzusetzen sucht. Das heisst: Deregulierung des Arbeitsmarktes einerseits und sogenannte aktivierungspolitische Massnahmen andererseits.

Bühlers Studie über die berufliche Identität junger Erwerbstätiger setzt gewissermassen dort an, wo die Deregulierungspolitiken stillschweigend den neuen Menschen vermuten: beim allzeit bereiten, überall einsetzbaren und höchst flexiblen Arbeitskraftunternehmer. Dieser soll sich, so die kühnen Voraussagen, von den Fesseln sozialstaatlicher Absicherungen und starrer Qualifikationsanforderungen befreit, entsprechend schnell an veränderte Produktions- und Absatzbedingungen anpassen und sich stets an den neuen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren können. In diesem von der Berufssoziologie als „Entberuflichung“ (Voss) definierten Prozess verlieren berufsspezifische Inhalte an Bedeutung, während stattdessen mehr Gewicht auf die sogenannten Schlüsselqualifikationen und flexiblen Handlungsstrategien gelegt wird. Derart flexibilisierte Beschäftigte würden zwar der unmittelbaren Konfrontation mit dem „Druck des Marktes“ ausgesetzt,

jedoch würde die „Entgrenzung der Arbeit“ auch mehr Autonomie, Eigenverantwortung und „Kreativität des Individuums“ freisetzen.

Verliert angesichts derart diskontinuierlicher Berufsbiographien, wie Claus Offe schon 1984 schrieb, die Arbeit „ihre Funktion als Orientierungspunkt für den Aufbau personaler und sozialer Identität“? Caroline Bühlers Studie bietet eine differenzierte Antwort an: Während das Verblässen beruflicher Identitäten für jene Erwerbstätigen Optionen bereithält, die über die nötigen personalen, sozialen und ökonomischen Ressourcen verfügen, drohen für Gruppen mit unzureichender Ressourcenausstattung neuartige Belastungen und ein erhebliches Risiko der Marginalisierung auf dem Arbeitsmarkt. Die Entwertung beruflicher Handlungsformen hinterlässt hier vor allem „verunsicherte und leidende Berufstätige“ (S.11), und die „Tendenz zur beruflichen Dequalifikation führt dazu, dass ihr Arbeitsethos fast zwangsläufig erodieren muss“ (S.145).

Dass die Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und Berufsbiographien neben dem von Bühler konstatierten Leiden auch tatsächlich zu Vollbeschäftigung führt, wie dies der arbeitsmarktpolitische *Common sense* behauptet, widerlegen ausserdem täglich die Arbeitslosenstatistiken. Aus diesem Grund trauen auch die neoliberalen Arbeitsmarktpolitiker lieber der drohenden Faust des Staates als allein der „unsichtbaren Hand“ des Marktes, welche den Druck auf die Arbeitslosen erhöhen soll, ohne Umschweife einen neuen, möglicherweise schlechteren Arbeitsplatz zu akzeptieren. Tatsächlich werden seit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit in den meisten europäischen Ländern sozialstaatliche Einkommensersatzleistungen abgebaut, weil sie der Entlassungsdrohung einen Teil ihrer

disziplinierenden Wirkung nehmen. Parallel werden die Anforderungen der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt restriktiver formuliert und die Verpflichtung verstärkt, an sogenannten Aktivierungsmassnahmen teilzunehmen. Insgesamt werden die Reformansätze massgeblich durch die Idee des *'from welfare to work'* bestimmt: In der Schweiz werden derzeit nach dieser Philosophie sowohl die Sozialhilfe (1000-Franken-Jobs) als auch die IV umgebaut. Den Anfang machte aber die Arbeitslosenversicherung, welche 1995 einer Revision unterzogen wurde. Nicht nur wurden mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) neue „aktivierende“ Institutionen geschaffen; neu wurde v.a. der Bezug von Arbeitslosengeld an die Bedingung geknüpft, an Aktivierungsprogrammen und Beratungen teilzunehmen und die eigene „Vermittlungsfähigkeit“ („*employability*“) unter Beweis zu stellen.

Die Kohärenz der Revision, bei der der Rechtsanspruch auf Leistungen mit Verhaltensanforderungen verknüpft wird, liegt laut Chantal Magnin, die Autorin der zweiten Studie, im Weltbild, „wonach der Mensch nur aktiv wird, sprich handelt, wenn er sich davon einen materiellen Nutzen versprechen kann oder im Fall von sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen Einbussen befürchten muss“ (S.13). Im Umkehrschluss erscheinen aus diesem Blickwinkel jene, die nicht arbeiten, als Menschen, die dies gar nicht tun wollen. Eine solche Politik, bei der die Bereitschaft arbeitsloser Personen erhöht werden soll, Arbeit anzunehmen, setzt jedoch zwingend voraus, dass Arbeit vorhanden ist. Es ist jedoch gerade Ausdruck von Massenarbeitslosigkeit, dass dies nicht der Fall ist. Das Ziel der „aktiven“ Beschäftigungspolitik ist laut Magnin denn auch ein anderes: „die Arbeitskräfte den veränderten Unter-

nehmensstrategien besser anzupassen“ (S.184). Die restriktivere Ausgestaltung der Leistungen, so die These, soll die Bereitschaft zu sozialer und geographischer Mobilität erhöhen und dadurch eine bessere Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen.

Magnin erhärtet ihre These durch die minutiöse Rekonstruktion von RAV-Beratungsgesprächen, an denen sie als Forscherin teilnehmen und so die „aktive Arbeitsmarktpolitik“ von dem Punkt aus beurteilen konnte, „wo sie umgesetzt werden soll“ (S.26). Dabei brachte sie erhebliche Widersprüche in der staatlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit ans Licht. So scheint es einsichtig, dass die Arbeitslosen-Beratung aus strukturellen Gründen nicht halten kann, was die Bezeichnung der Einrichtung verspricht, nämlich Arbeit zu vermitteln. Mangels verfügbarer Arbeitsmöglichkeiten reduziert sich die „Beratung“ auf den Zwang, dem die Arbeitslosen unterworfen sind, um überhaupt die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu beziehen: „Entgegen ihrer Selbstdarstellung als Einrichtung der öffentlichen Arbeitsvermittlung handelt es sich beim RAV in erster Linie um eine staatliche Behörde, deren Aufgabe es ist, arbeitslose Personen zu kontrollieren“ (S.56).

Kontroll- und Beratungsfunktion lassen sich aber prinzipiell nicht vereinbaren, denn Vorbedingung jeglicher erfolgreicher Beratungstätigkeit ist die freiwillige Teilnahme der Versicherten an der Beratungssituation. Die spezifische doppelte Zielsetzung der RAV führt aber laut Magnin unweigerlich zur Bevormundung der Arbeitslosen, der gegenüber die Versicherten sich nur strategisch verhalten können: Den Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld kann einlösen, wem es am besten gelingt, sich als guten Arbeitslosen darzu-

stellen. Anstatt zu „aktivieren“, führt demnach die staatliche Politik, „die dem Handeln der Individuen Kategorien des Wohlverhaltens auferlegt, in der Situation ihrer Durchsetzung dazu, dass die eigene moralische Beurteilung des Handelns somit hinfällig und zwangsläufig einer am unmittelbaren Nutzen orientierten strategischen Handlungsweise weicht“ (S.161). So verkommt die Beratungspraxis der RAV schnell zur Farce, denn um sich unnötigen Ärger zu ersparen, sind die Versicherten gezwungen, das Spiel mitzuspielen und so zu tun, als wären sie vom Nutzen der Kurse oder Beratungsgespräche überzeugt und als würde ihnen das RAV tatsächlich Arbeit vermitteln.

Derart strategisch „richtiges“ Verhalten ist allerdings sozial ungleich verteilt: Wer sich „falsch“ verhält, insbesondere wer sich wiederholt weigert, eine „zumutbare“ Stelle anzunehmen, verliert den Rechtsanspruch auf Leistungen. Am meisten sind diejenigen der Behörde ausgeliefert, die über keine berufsspezifischen Qualifikationen verfügen und die den Druck, irgendeine Arbeit anzunehmen, besonders stark zu spüren bekommen. Hinzu kommt, dass es sich hier um jene Kategorie erwerbstätiger Personen handelt, die sich keine Leistungskürzungen erlauben kann. Werden sie sanktioniert, sind sie auf finanzielle Ergänzungen durch die Sozialhilfe angewiesen. Dies macht laut Magnin deutlich, „dass ihre soziale Absicherung im Angesicht der Risiken, mit der die Bestreitung des Lebensunterhalts durch den Verkauf der eigenen Arbeitskraft behaftet ist, bei der heutigen Ausgestaltung der ALV nicht mehr im Vordergrund steht. Vielmehr wird darin der Versuch des Gesetzgebers deutlich, die Arbeitskräfte zu erziehen.“ (S.346)

Dass Leistungen von sozialstaatlichen Einrichtungen mit Unterwerfung erkaufte werden müssen, ist bei der Ar-

beitslosenversicherung besonders stossend, da deren Fonds ja aus Beiträgen der Versicherten mitfinanziert wird, und die Einzahlung von Versicherungsbeiträgen allein schon einen Rechtsanspruch auf den Leistungsbezug garantiert. Magnin, gelernte Historikerin, ruft daher in Erinnerung, dass gerade mit der Schaffung der Sozialversicherungen „einst die Absicht verbunden gewesen war, das entwürdigende Moment des Leistungsbezugs (...) zu vermeiden“ (S.69). Insofern handle es sich bei der ALV-Revision um den gelungenen Versuch, „die nach dem 2. Weltkrieg übernommene Verantwortung des Staates, für Vollbeschäftigung zu sorgen, in der Öffentlichkeit glaubwürdig an die Arbeitslosen zu delegieren“ (S.347). Mit der aktivierungspolitischen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit werde somit individualisiert, was mit der Einführung von obligatorischen Arbeitslosenversicherungen in den westeuropäischen Ländern als spezifisches kollektives Risiko einer Lebensweise erkannt worden war.

Damit sind Flexibilisierung von Berufsverläufen, Arbeitslosigkeit und „Aktivierungs“-Politik aufs engste verknüpft. Weil die Arbeitskräfte auf den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt angewiesen sind, dient die Kontrollpraxis der RAV zur Regulation der Wiedereintrittsbedingungen. Wer über ungenügende oder falsche Qualifikationen verfügt und nicht auf eigene soziale, soziokulturelle und biographische Ressourcen zurückgreifen kann, um das eigene Arbeitspotenzial weiterzuentwickeln, wird die eigenen Forderungen herunterschrauben müssen und in erster Linie den prekären Arbeitsmarkt bedienen. Manchmal ist die soziale Realität eben komplexer, als es ökonometrische Modelle wahrhaben wollen.

Alessandro Pelizzari

Loïc Wacquant: Punir les pauvres. Le nouveau gouvernement de l'insécurité sociale. Paris, 2004 (347 S., 20.- €)

Anfang November 2005 forderte der französische Innenminister Nicolas Sarkozy mit einer sogenannten „Offensive gegen Kriminelle“ in den Vorstädten, das „Gesindel“ auf den Strassen „wegzukärchern“. Der Law-and-Order-Mann benutzte mit „kärchern“ ein französisches Verb („passer au Kaercher“), das mit einem deutschen Hochdruckreinigungsggerät in Verbindung gebracht wird. Sarkozy bediente sich einer Terminologie, die im Sicherheits-Diskurs in den USA schon länger etabliert ist.

In seinem Buch über die amerikanischen Verhältnisse, „*Punir les pauvres*“, beschreibt Loïc Wacquant unter anderem wie die neoliberale Marktgesellschaft in den USA „gereinigt“ werden soll: „Se servir de la prison à la manière d'un *aspirateur social* pour nettoyer les scories des transformations économiques en cours et faire disparaître de l'espace public les rebuts de la société de marché [...] est une aberration au sens propre du terme [...] un 'écart d'imagination' et une 'erreur de jugement' tant politique que pénal.“ (S. 298) Der Soziologie Wacquant, der in Berkeley lehrt, beschreibt in seinem 2004 in Frankreich erschienenen – und in deutscher Übersetzung hoffentlich bald vorliegenden – Buch den in den USA vollzogenen Umbau des Wohlfahrtsstaates in einen strafenden Staat. Der Import dieses Modells in einigen Staaten Europas macht es hochaktuell.

Die kenntnisreiche Studie Wacquants rekonstruiert im ersten Kapitel „*Misère de l'État social*“ die Zerschlagung wohlfahrtsstaatlicher Regelungen und die Deregulierung der Arbeit unter den Präsidentschaften von Reagan, Bush Sr. und Clinton. Wacquant zeigt, wie in den

Vereinigten Staaten die Sozialausgaben drastisch gekürzt, bestehende Einstellungs- und Kündigungsregeln abgebaut und somit eine „Flexibilisierung“ der Arbeit nicht nur als neue Arbeitsnorm, sondern als eigentliche staatsbürgerliche Norm gesetzlich verankert wurde. Gleichzeitig nahmen die soziale und physische Verunsicherung sowie die Ungleichheit infolge einer Politik des Lohndumpings zu.

In den USA hat der Bevölkerungsteil mit Sozialversicherung während der letzten zwei Jahrzehnte stetig abgenommen, die Budgets für Armenhilfeprogramme wurden beschnitten und zum Zweck der Überwachung und Kontrolle instrumentalisiert. Der Umbau vom *welfare*, dem Wohlfahrtsstaat, zum *workfare*, dem Zwang, eine Arbeit annehmen zu müssen, der vom republikanisch dominierten Kongress in einem Gesetz verabschiedet und von Clinton im Sommer 1996 durchgesetzt wurde, steht emblematisch für diesen Transformationsprozess. Die Mittel für öffentliche Hilfe wurden gekürzt, und es wurde ein zeitlich eng begrenzter Anspruch auf öffentliche Unterstützung für die gesamte Lebensspanne festgeschrieben. Somit wurde nicht nur die bestehende Ungleichheit im Zugang zu wohlfahrtsstaatlicher Hilfe vergrößert, sondern gleichzeitig auch die Einschränkung der Sozialpolitik beschleunigt. Mit der faktischen Abschaffung der Sozialhilfe in den USA wurde nach Wacquant das soziale Netz demontiert und in den Jahren 1975-95 die Armut kriminalisiert. Mit einer Fülle an Zahlenmaterial weist er nach, wie der Staat sich der sozialen Aufgaben entledigt.

Im zweiten Kapitel „*Grandeur de l'État pénal*“ rekonstruiert Wacquant die neuen Entwicklungen des Strafsystems in den Vereinigten Staaten. Die Zahl der Gefängnisinsassen hat sich in den vergangenen 25 Jahren vervier-

facht, und die Gefängnisanstalten sind, obwohl die Kriminalitätsrate in diesem Zeitraum mehr oder weniger stabil geblieben ist, mittlerweile der drittgrößte Arbeitgeber. Der Umbau in einen Polizei- und Strafstaat und der Wandel der Institutionen, der Mangel an sozialem Schutz (*safety net*) für die unteren Gesellschaftsschichten gehen, so die zentrale These Wacquants, mit einem Aufbau eines immer engmaschigeren polizeilichen und strafrechtlichen Netzes (*dragnet*) einher. Die Atrophie des Sozialstaates und die Hypertrophie des strafenden Staates sind seines Erachtens korrelative und komplementäre Transformationen – als Teil der neuen Administration des Elends.

Die Strategien der repressiven und regressiven Kriminalisierung von Armut, indem die Armen einerseits unter verschärften Bedingungen in Ghettos gezwungen oder andererseits in Zuchthäuser und Gefängnisse abgeschoben werden, setzten in den USA nach den Ghetto-Unruhen in den 1960er Jahren ein. Nach Wacquant ist es kein Zufall, dass der massive Ausbau der Strafjustiz in den USA parallel zur Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und der Abschaffung der öffentlichen Unterstützungssysteme verlief. Das Phänomen des „grossen Wegschliessens“ am Ende des 20. Jahrhunderts und die Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates sind zwei Hauptgründe des sichtbaren sozialen Niedergangs für immer grössere Bevölkerungsteile in den USA. Wacquant untersucht die massenhafte Inhaftierung nach „rassischen“ oder „ethnischen“ Kriterien. In den Gefängnissen der USA sitzen 54 Prozent Afroamerikaner, die nur 12 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Einschliessungsquote hat sich zwischen 1980 und 1995 verdreifacht; so beträgt die Wahrscheinlichkeit, inhaftiert zu werden, für Afroamerikaner 30 Prozent

und für Weisse 4 Prozent. Mit dem Vergleich zwischen jüdischen Ghettos in Europa und den schwarzen Ghettos schlägt er eine Erweiterung des Ghetto-begriffs vor.

In seiner vergleichenden Analyse des strukturellen und funktionalen Zusammenhangs zwischen der Zunahme der Inhaftierungen und der Überwachung durch Justiz und Polizei sowie dem Zerschlagen des Sozialschutzes und der Deregulierung des Arbeitsmarktes beschäftigt sich Wacquant im dritten Kapitel „Les cibles privilégiées“ eingehend auch mit der Rolle der Medien in den USA. Diese spielten zum Beispiel bei der Debatte über die sogenannten *sex offenders* eine entscheidende Rolle. Seit 1995 wird in Kalifornien jeder Sexualstraftäter, der sich nicht jährlich bei der Polizeidienststelle seines Wohnortes meldet, mit Freiheitsentzug zwischen 16 und 36 Monaten bestraft. Mit dem 1996 vom Kongress verabschiedeten *Megan's Law* werden *sex offenders* von den Behörden auf den Index gesetzt, unter permanente Überwachung gestellt und öffentlichen Aggressionen ausgesetzt.

Wacquant deckt die Mythen dieser Erzählung auf, wonach Sexualstraftäter die Grundlagen der familiären Ordnung erschütterten, indem er zeigt, wie der Sicherheitsdiskurs durch einen medialen Markt der Angst und der Lancierung spezifischer Kategorien unterstützt wird: „les détenus sont le groupe paria parmi les parias, une catégorie sacrificielle que l'on peut vilipender et humilier en toute impunité avec d'immenses profits symbolique“ (S. 214). Dieses Gesetz ist eines von vielen Kennzeichen für die allgemeine Tendenz in den Vereinigten Staaten, Probleme der Armut mit strafrechtlichen Methoden lösen zu wollen. Dabei wurden zum einen erhebliche Mittel an Finanzen, Personal und Programmen vom sozialen und medizi-

nischen Sektor des Staates zum Polizei- und Justizsektor verschoben. Zum anderen wurde die Kontrolle über jene sozialen Gruppen ausgeweitet, die in der von den Medien manipulierten Öffentlichkeit „Angst“ und „Abscheu“ hervorrufen.

Wacquant beobachtet vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit auch in Europa dieses neue Begehren nach sozialer Deregulierung, begleitet vom Ruf nach einer Rückkehr des straffenden Staates. Die Ersetzung des *welfare* durch *workfare* lässt sich in Frankreich mit der Einführung der *RMI*s (*Revenu Minimum d'Insertion*) und in Deutschland mit der Reform der Arbeitslosenversicherung (Hartz IV) feststellen. Dass „Sicherheit“ auch in Europa ein neuer Topos im politischen Diskurs ist, illustriert Wacquant am Beispiel Frankreichs. „Sicherheit“ einigt nicht nur die Rechte und den parlamentarischen Teil der Linken, sondern Sicherheitspolitik ist auch deshalb erfolgreich, weil sie sich auf die symbolische Macht der Wissenschaft stützen kann. Ebenso wie sich die neoliberale Vision der Wirtschaft auf dynamische Gleichgewichtsmodelle stützt, die von orthodoxen Ökonomen in den USA

stammen, präsentiert sich auch der *zero tolerance*-Diskurs in einer wissenschaftlich-rationalen Form. Er gibt vor, einen hochentwickelten kriminologischen Diskurs in den Dienst einer unterschiedenen Sicherheitspolitik zu stellen. Wacquant entlarvt diese „*pensée unique sécuritaire*“ als Mythos und nimmt die scheinlogische Argumentationskette des kriminologischen Diskurses auseinander. Klar wird, dass sie dem ungezügelden Tatendrang der Ordnungskräfte eine pseudowissenschaftliche Legitimation verleiht. Das wirtschafts- und sozialpolitische Defizit soll mit strafrechtlichen und polizeilichen Mitteln kompensiert werden.

Der Umbau des Wohlfahrtsstaates entsprechend dem neoliberalen Modell und die damit einhergehende Korrelation zwischen dem Schrumpfen des Sozialstaates und dem Erstarken der Strafjustiz ist in Europa (noch) weniger stark ausgeprägt als in den USA. Aber gerade die Reaktionen auf die jüngsten Ausschreitungen in den französischen Banlieues haben gezeigt, dass die Gefahr einer Verschärfung der ethnischen Stigmatisierung und Ghettoisierung auch in Europa besteht.

Pascal Jurt



Solidarité sans frontières

Solidarité sans frontières (Sosp) setzt sich für die sozialen und politischen Rechte von MigrantInnen und asylsuchenden Flüchtlingen ein. Sosp streitet für eine offene und solidarische Schweiz und kämpft dabei insbesondere gegen rechtliche Bestimmungen und administrative Praktiken, welche Flüchtlinge und MigrantInnen diskriminieren und ausgrenzen. Sosp engagiert sich gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Abonnieren Sie unser Bulletin für 25.-/Jahr

Sosp
Neuengasse 8
3011 Bern

www.sosp.ch
sekretariat@sosp.ch
031 3110770

PC 30-13574-6

Kurt Imhof / Thomas S. Eberle (Hrsg.): Triumph und Elend des Neoliberalismus. Seismo-Verlag, Zürich, 2005 (328 S., Fr. 49.-)

Gerade rechtzeitig zum diesjährigen Jubiläumskongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (50 Jahre SGS) in St. Gallen ist der Sammelband zum letzten Kongress erschienen, der im Herbst 2003 unter dem Titel „Triumph und Elend des Neoliberalismus“ an der Universität Zürich stattgefunden hat. Die Publikation umfasst 18 Aufsätze, davon je einen in französischer und in englischer Sprache.

In ihren einleitenden Aufsätzen unterstreichen die Herausgeber, es sei der Soziologie bisher kaum gelungen, ihre Erkenntnisse in die aktuellen Auseinandersetzungen um den Neoliberalismus einfließen zu lassen. Dies obwohl die Soziologie doch eigentlich „die Leitwissenschaft bezüglich Regulation und Deregulation“ sei (oder sein müsste), wie Kurt Imhof betont. „Und es gibt keine Sozialwissenschaft die besser weiss, dass Deregulation zu nichts anderem als anderen Formen der Regulation führt.“ (S. 32)

SGS-Präsident Thomas S. Eberle fragt sich, weshalb sich denn die beforschte Gesellschaft kaum für die Kongresse der SoziologInnen interessiert. „Hängt das vielleicht damit zusammen, dass sich Kongressthemen mehr am innerwissenschaftlichen Diskurs der Soziologie orientieren als an dem, was den Mitgliedern der Gesellschaft auf den Nägeln brennt? Der Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie hat beschlossen, auch für allgemeine Kongresse künftig Themen zu setzen, die für eine breitere Öffentlichkeit gesellschaftspolitische Relevanz besitzen. Unsere Disziplin ist damit aufgerufen, einen substanziellen Beitrag an einen öffentlichkeitswirksa-

men Diskurs zu leisten.“ (S. 9) Gesagt, getan. Und was nun in schriftlicher Form vorliegt, ist eine Lektüre wert – sicherlich nicht nur für SoziologInnen. Man kann sagen: Diese Publikation ist von öffentlichem Interesse.

Der Sammelband enthält unterschiedliche Beiträge zur Entstehungsgeschichte des Neoliberalismus und verschafft einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand. Es werden hier nur einige besonders genannt werden können. Michael Nollert zeichnet in seinem informativen Aufsatz nach, wie sich das „neoliberale Diskursnetzwerk“ entwickelt hat und welche Rolle dabei die Schweiz spielte, insbesondere die sogenannte Mont Pèlerin Society. Mit Blick auf die Rolle des Gründervaters des „Neoliberalismus“, F. von Hayek, kommt Nollert zu einer Einschätzung, die vor allem für Intellektuelle von Interesse sein dürfte: „Hayek ging – ähnlich wie zuvor schon Antonio Gramsci – davon aus, dass der Triumph einer ökonomischen Disziplin nicht in Parlamenten, sondern in der kulturellen Sphäre von Intellektuellen vorgespurt und entschieden wird.“ (S. 55)

Christoph Görg vertritt die These, dass der Triumph des Neoliberalismus keineswegs einen Erfolg eines rein ökonomischen Prozesses darstellt, der sich als Entbettung (Karl Polanyi: disembedding), als Herauslösung der Ökonomie aus Politik und Gesellschaft beschreiben lasse. „Entgegen dem Glauben, es seien der freie Markt und seine Gesetze gewesen, die den neoliberalen Umbau der Gesellschaften im Weltmassstab angeleitet haben, war es tatsächlich von Beginn an ein Prozess gewesen, der politisch vorangetrieben wurde und der im Extremfall auch auf direkter Gewaltanwendung, fast immer aber auf strukturell verankerten Machtbeziehungen und damit verbundener indirekter Gewalt aufbaute.“ (S. 230)

Auch für Saskia Sassen spielen Staat und Politik eine zentrale Rolle. Sie konstatiert in diesem Zusammenhang nicht nur ein zunehmendes Demokratietiefdefizit, sondern vor allem Verschiebungen in den Staatsapparaten selbst, die zu einer exzessiven Machtkonzentration bei den Regierungen zulasten der Parlamente führen. „My argument can be summarized (...) as a double move towards, on the one hand, a privatized executive vis a vis the people and the other branches of government, and, on the other, an eroded privacy that protects citizens from excessive power of the state.“ (S. 310)

Im Zentrum mehrerer Aufsätze steht die Renaissance der sozialen Frage. Mario Schranz, Stefan Tobler und Sabine Alder präsentieren mediensoziologische Studien zur öffentlichen Diskussion über den Service Public und das World Economic Forum (WEF) in der Schweiz. Demnach ist es Ende der 90er Jahre zu einer Erschütterung der neoliberalen Hegemonie gekommen. Doch warum gerät das Soziale nun wieder in den Blickpunkt, wo sich doch alles nur noch um „Naturgesetze“ und „Sachzwänge“ der Ökonomie zu drehen schien? Kurt Imhof nennt dafür zwei Gründe. Zum einen hätten die hochgelobten Selbstregulierungsinstanzen der Wirtschaft vor den Augen aller versagt.

Zum anderen habe sich im Zuge eines „zweiten Strukturwandels der Öffentlichkeit“ (S. 23) in den Medien eine neue Form der Wirtschaftsberichterstattung etabliert. Durch eine systematische Bewirtschaftung der verbreiteten Empörung über Wirtschaftsskandale und unerwünschte soziale Auswirkungen der Globalisierung trage diese Berichterstattung wesentlich dazu bei, dass die Forderung nach einer Re-Politisierung der Ökonomie heute wieder mehr Gehör findet.

Für Christoph Butterwegge führt neben der Verschärfung der sozialen

Ungleichheiten vor allem die durch eine beispiellose Dominanz von „Sachzwängen“ erzeugte Entdemokratisierung dazu, dass die Legitimität des Neoliberalismus inzwischen geschwächt ist. Dieser schaffe allerdings zugleich den Nährboden für die zu ihm passende Form des Nationalismus, den „Standortnationalismus“ (S. 120). Inwiefern der „Kommunitarismus soziologischer Prägung“ (S. 170) den Neoliberalismus einen alternativen Gemeinschaftsbegriff entgegensetzen hat, diskutiert Peter-Ulrich Merz-Benz.

Berthold Vogel betont, dass es bei der neuen Brisanz der sozialen Frage nicht um die Wiederkehr einer aus vergangenen Zeiten bekannten Konstellation geht. Vielmehr sei eine konzeptionelle wie empirische Neubestimmung notwendig, so dass heute von einer neuen sozialen Frage gesprochen werden müsse. Waren früher Ausbeutung und Ungerechtigkeit im Arbeitsleben die zentralen politischen Begriffe, so richte sich die Aufmerksamkeit nun auf Prozesse der Ausschlüssung durch Armut oder Arbeitslosigkeit (Exklusionsdebatte). Doch die aktuelle Situation zeichnet sich dadurch aus, dass Unsicherheit und Deklassierung zunehmend in der Mitte der Gesellschaft feststellbar sind. In Anlehnung an Castel spricht Vogel deshalb von „sozialer Verwundbarkeit“ und „prekären Wohlstand“ als Indikatoren der neuen sozialen Frage (S. 214).

Peter Schallberger wiederum geht der Frage nach, wie bestimmte Gruppen von Erwerbstätigen die „neoliberale Transformation“ subjektiv erleben und welche Formen der Unsicherheit und des Leidens sich dabei herausgebildet haben. Auf der Grundlage einer Rekonstruktion typischer Fälle, die von Markteuphorie bis zu panischer Zukunftsangst reichen, kommt er zum Schluss, dass neben der jeweils besonderen Stellung

in der Arbeitswelt auch kulturelle Deutungsmuster und individuelle Habitusformen entscheidend sind, um zu verstehen, wie Individuen auf gesellschaftliche Umwälzungen reagieren. Deshalb seien auch Formen des Leidens zu beobachten, „die nur sehr entfernt in einem Zusammenhang mit drohender oder erlebter ökonomischer Not stehen.“ (S. 152)

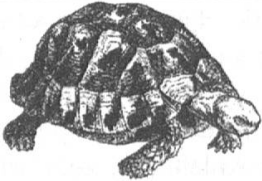
Ein Manko dieses Sammelbandes besteht bestimmt darin, dass nur am Rande zum Gegenstand der Analyse gemacht wird, worauf sich der Neoliberalismus im Kern theoretisch bezieht und legitimatorisch stützt: „die Ökonomie“. Am ehesten bewegt sich der Beitrag von Sighard Neckel über den „kulturellen Kapitalismus“ auf dieser Ebene. Er vertritt die These, dass in der aktuellen „Rückkehr der Marktgesellschaft“ weniger eine Herauslösung der Ökonomie aus Kultur und Gesellschaft als eine Verschmelzung von Ökonomie und Kultur, eine „Vermarktlichung der Kultur“ zum Ausdruck kommt, deren

Pendant in der „ästhetischen Aufwertung der Märkte“ zu finden ist (S. 209).

Doch auch damit ist kein analytisches und theoretisches Forschungsprogramm kritischer Wirtschafts- und Sozialwissenschaften umrissen. Es gehört unter SoziologInnen zwar zum guten Ton, über den *homo oeconomicus* der ÖkonomInnen oder über die neoliberalen Glaubensbekenntnisse der PolitikerInnen sich lustig zu machen. Doch hat auch die Soziologie zur Verbreitung des neoliberalen „Einheitsdenken“ beigetragen - etwa durch Theorien, welche die Gesellschaft als das Ergebnis des autonomen Handelns von Individuen begreifen: ein Handlungskonzept, welches genau der neoliberalen Utopie entspricht, wie der Beitrag von Marc Henry Soulet zeigt.

Die Defizite einer kritischen Sozialwissenschaft, insbesondere der Soziologie werden nach der Lektüre dieses Kongressbandes jedenfalls fassbarer.

Peter Streckeisen

express PF 102062 63020 OFFENBACH Tel. (069) 885006 Fax 821116 express-afp@t-online.de		ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
	In der aktuellen Ausgabe (10/05) u.a.:	
◆ Rainer Roth/Harald Thomé: »Der Anstand der Aufständigen«, zum Clement-Pamphlet ◆ Siegfried Dierke: »Eine Frage des Profits?«, zum Umbau des Gesundheitssystems ◆ AK: »Richtig gewählt!«, Bundestagswahlkommentar ◆ Kjell Hansen: »An den Taten sollt Ihr sie erkennen«, IG BAU: Tarifvertraglicher Offenbarungseid und schnelle Eingreiftruppen ◆ NaRa: »Hört die Signale, Schwestern!«, zur Strategie des Marburger Bundes und der Fortsetzung der Krankenhaus-hierarchie mit anderen Mitteln ◆ Kemal Bozay: »Gemeinsam voneinander lernen – den Dialog stärken!«, zur politischen und gewerkschaftlichen Debatte in der Türkei über den EU-Beitritt ◆ KH: »Jobmotor Militärausgaben«, zum US-Arbeitsmarkt		
		☐ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar ☐ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. V.k.)

Wolfgang Hafner: Im Strudel der Finanzmärkte. Pensionskassen in der Schweiz. Rotpunktverlag, Zürich 2004 (200 S., Fr. 34.-)

Nicht nur die schweizerischen Pensionskassen sind im letzten Jahrzehnt in den Strudel der Finanzmärkte geraten; aber da der für Vorsorgezwecke aufgebaute Kapitalstock in der Schweiz pro Kopf der Bevölkerung international an der Spitze liegt, sind die über die zweite Säule finanzierten Altersrenten besonders stark von den Turbulenzen an den Kapitalmärkten betroffen. Auch wenn sich diese aufgrund vielfältiger versicherungstechnischer Annahmen und Reserven sowie unterschiedlichen Ausgleichsmechanismen (Solidaritäten) nicht direkt auf die Rentenzahlungen resp. –ansprüche auswirken, ist in den letzten Jahren doch das Bewusstsein gewachsen, dass ein Rentensystem keine Leistungen fernab der Realitäten der Kapitalmärkte versprechen kann. Zudem ist einer breiten Bevölkerungsschicht bewusst geworden, dass der institutionelle und gesetzliche Rahmen des schweizerischen Vorsorgesystems äusserst kompliziert und wenig transparent ist – was eine Kontrolle über die Anlage und Verwendung der Gelder erschwert: „Es ist viel Geld im Spiel, und was an die Öffentlichkeit gelangt, dient oft nur bestimmten Interessen. Intransparenz gehört mit zu dem Geschäft, das nur schon allein durch seine technischen Rahmenbedingungen verwirrend ist. Alles gründet auf Voraussagen“ (S. 13).

Anders als der Titel des Buches suggeriert, befasst sich der Autor in seinem Buch durchaus nicht nur mit den Turbulenzen der Finanzmärkte und ihren Auswirkungen auf die Pensionskassen. Im Unterschied zu vielen anderen Publikationen werden die Probleme der schweizerischen Vorsorgeland-

schaft viel breiter aufgerollt, u.a. aus historischer Perspektive. Auf welchem sozioökonomischen und politischen Hintergrund ist das schweizerische Pensionskassensystem überhaupt entstanden? Die Beantwortung dieser Frage ist gerade deshalb besonders wichtig, weil mit der Einführung des BVG-Obligatoriums im Jahre 1985 eine gesetzliche Struktur geschaffen werden sollte, welche die Vielzahl der bereits existierenden Einrichtungen einzubinden vermochte.

Im zweiten und dritten Kapitel seines Buches diskutiert Hafner die „Philosophie“, welche den im 19. und 20. Jahrhundert heranwachsenden Vorsorgemodellen zugrundeliegt; dabei wird der stete Kampf zwischen Staat und Unternehmen als Träger der Vorsorge aufgezeigt, samt seinen sozialökonomischen Konsequenzen. Daraus geht unter anderem hervor, dass es tatsächlich nicht nur Unternehmer und Industrielle waren, welche mit Pensionskassen ihre patronalen Verpflichtungen zu erfüllen glaubten, sondern dass Lehrer, Staatsangestellte und vor allem Pfarrherren „teilweise schon Jahrzehnte, ja Jahrhunderte vor der Einführung von Pensionskassen durch die Unternehmen ihre eigenen Fürsorge- und Hilfseinrichtungen, die nach unterschiedlichen Kriterien funktionierten“, hatten (S. 43). Hafner skizziert den Weg des schweizerischen Vorsorgemodells zwischen „Gnade und Rechtsanspruch“ auf höchst anschauliche Weise.

Ausgangspunkt des Buches bilden im ersten Kapitel die demografische Entwicklung der schweizerischen Bevölkerung und die Probleme, welche mit den unterschiedlichen Modellrechnungen verbunden sind. Für die Leserschaft ist es an dieser Stelle vielleicht nicht einfach, den Bogen zur Pensionskassendiskussion zu schlagen – betreffen die hier diskutierten Probleme doch

in erster Linie die Finanzierbarkeit der AHV und übrigen Sozialwerke. Es ist dem Autor zuzustimmen, dass die düsteren Szenarien (über das Verhältnis von Pensionierten zu Beschäftigten) zu kurz greifen: „Es geht viel mehr um die grundsätzliche Frage, wie das Leben unter den sich ändernden Rahmenbedingungen ... in Zukunft gestaltet werden soll. Das erfordert ein Abrücken von einem einzig auf (Bevölkerungs-) Wachstum und damit auf Ressourcenverschleiss ausgerichteten Modell...“ (S. 29). In das gleiche Kapitel gehört die Frage nach dem adäquaten Kapitalstock einer alternden Gesellschaft – und dies bildet den Schlüssel zur Beantwortung der Frage nach den Chancen und Risiken eines kapitalgedeckten (also auf Pensionskassen aufgebauten) Vorsorgesystems in einer alternden Gesellschaft.

Dieses Thema wird von Hafner im vierten Kapitel aufgegriffen, und zwar mit der Mackenroth-These der fünfziger Jahre. Die Tücken des Eichhörnchenprinzips, wonach jedermann, ohne auf Solidaritäten angewiesen zu sein, still und fleissig sein Alterskapital zusammenspart, werden dabei offengelegt: „Wenn niemand mehr da ist, um zu produzieren, so nützen auch die grössten Investitionen nichts“ (S. 70). Die Erträge auf dem Kapitalstock sind also sehr wohl von den demografischen Trends abhängig – und eine Lösung könnte nur darin gesehen werden, dass das angesparte Kapital nach demografischen Gesichtspunkten diversifiziert würde – konkret also in Ländern und Branchen investiert würde, wo die demografischen Voraussetzungen umgekehrt sind als im Westen: das Arbeitsangebot hoch und das Kapital knapp (und somit die erwarteten Renditen hoch). Dass diese Möglichkeiten, gerade im Rahmen der zweiten Säule, ziemlich begrenzt sind, wird von Hafner einge-

hend erörtert.

Mit dem vierten Kapitel ist Hafner bei den Finanzmärkten angelangt, und so werden in den Kapiteln 5 bis 9 die finanziellen Belange der Pensionskassen analysiert. Im fünften Kapitel geht es um verschiedene grundsätzliche Fragen, namentlich um das kritische Verhältnis zwischen Pensionskassen und Arbeitgeber sowie die Rolle der Kassen beim Immobilienboom. Vom Umgang der Pensionskassen mit den Risiken der Finanzmärkte, namentlich der Aktien- und Bondmärkte, handelt das sechste Kapitel. Dabei ist es zweifellos richtig, dass die Vorsorgeeinrichtungen zunehmend höhere Risiken in Kauf genommen haben – aber höhere Risiken werden vom Markt mit einer Risikoprämie belohnt. Nur muss man dafür oftmals lange warten, und selbst dann ist die Erwirtschaftung der Zusatzrendite nicht gewiss (sonst wäre es ja keine Risikoprämie!). Nun wären natürlich die Pensionskassen prädestinierte langfristige Anlegerinnen – nur stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die Risiken zu den (kurzfristigen) Deckungserfordernissen und zum Performancedruck stehen. Breiten Raum nimmt in Hafners Buch das oftmals problematische Verhältnis zwischen den Kassen und den Anbietern von Finanzprodukten wie Derivaten, Hedge-Funds oder Private Equity ein. Zwar sind die diskutierten Fälle und Pannen instruktiv, und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in verschiedenen Fällen Pensionsansprüche gefährdet wurden. Betrachtet man jedoch die krassen Verlustfälle der zweiten Säule, so standen hier nicht so sehr komplexe Finanzinstrumente im Vordergrund, sondern eine falsch eingeschätzte Risikobereitschaft, fehlende Anlageprozesse und Interessenskonflikte. Vor allem sollte man nicht übersehen, dass inskünftig – bei fortgesetzter Verschuldung der

öffentlichen Hand – bereits simple Anleihen ein erhebliches Anlagerisiko repräsentieren könnten.

Im siebten und achten Kapitel befasst sich der Autor mit der Bedeutung quantitativer Portfoliooptimierungsverfahren und moderner Anlagekonzepte. Dabei wird vor dem blinden Vertrauen in wahrscheinlichkeitstheoretische Modelle gewarnt; eine Theorie, deren Annahmen man nicht kennt, wird mitunter selbst zum Risiko: „Die Portfolio-Theorie ist ein Risiko“ (S. 131). Auch wenn dies stimmt, so muss der substanzielle Beitrag der Finanzmarkttheorie bei der Optimierung der Vermögensanlagen der Kassen anerkannt werden. Die Modelle zeigen ja nicht, wie man die Risiken loswird, sondern in welchem Verhältnis die Risiken zu den erwarteten Erträgen stehen und mit welchen Risikokonsequenzen spezifische Ertragsziele verbunden sind. Dass diese Ertragsziele meistens aus kapitalmarktfernen Mindest- und technischen Zinssätzen abgeleitet werden, lässt nur die Folgerung zu, dass die Einrichtungen zur Erreichung dieser Ziele geradezu zu einem Risikoengagement gezwungen werden! Dass dies nicht effizient sein kann, leuchtet bald ein. Die ungünstigen Risikoanreize kommen also nicht von der Theorie, sondern von inadäquaten regulatorischen Voraussetzungen und Anreizen.

Mit der Rolle der kollektiven Vorsorgeeinrichtungen (Winterthur, SwissLife), dem selbst auferlegten „Renditedruck“ der Branche und der Funktionsweise der Versicherungsaufsicht befasst sich das neunte Kapitel. Das Verhältnis zwischen Aktionär/ Versicherung, Produktanbieter, Sammelstiftung und Ansprüchen der Versicherten ist im heutigen institutionellen Umfeld kompliziert und von vielen Interessenskonflikten und Friktionen geprägt. Der kritische Blick auf einzelne Vorgänge (SwissLi-

fe/RMF) ist dabei durchaus aufschlussreich und liefert reiches Anschauungsmaterial für die zukünftige Reform. Doch scheint mir, dass der Aspekt des Wettbewerbs in der Diskussion zu kurz kommt. Ohne Wettbewerb zwischen den Anbietern kollektiver Vorsorgeleistungen lässt sich ein kapitalgedecktes System nicht kostengünstig aufrechterhalten. Auch wirken sich inadäquate aufsichtsrechtliche Bestimmungen schädlich für den Wettbewerb aus, indem sie Anbieter aus dem Markt treiben. Diese Fragen dürften zukünftig an Bedeutung gewinnen. „Alles wird riskanter und teurer“ ist ein Motto des Buchs. Aus ökonomischer Sicht würde man erwarten, dass der Wettbewerb als Voraussetzung zu mehr Transparenz und Effizienz eine zentrale Rolle spielt.

Insgesamt halte ich Wolfgang Hafners Studie als in jeder Hinsicht für lesenswert. Sie besticht durch ein breites thematisches Spektrum, wie es kaum in einem andern Buch zu diesem Thema zu finden ist. Mit knappen Formulierungen und vielen anschaulichen Beispielen führt der Autor die Leserschaft gekonnt quer durch die unwegsame Pensionskassenlandschaft. Es gelingt ihm hervorragend, schwierige und komplexe Sachverhalte verständlich darzustellen – und dies verdient schon unabhängig davon, ob man seine Meinungen im einzelnen teilt, grosse Anerkennung.

Inhaltlich liefert der Autor Anstösse zu vielen wesentlichen Themen der zukünftigen Pensionskassendebatte. Er befreit die Diskussion von der aktuellen Tagesdiskussion über Mindestzinssätze und Rentenklau. Der Autor macht klar, dass Strukturreformen tiefer greifen müssen: Es geht um die Frage, welches Rentenniveau in einem kapitalgedeckten System mit welchem Grad an Sicherheit versprochen werden kann – wie also letztlich umlage- und kapitalgedeckte Systeme resp. obligatorische und

überobligatorische Leistungen aufeinander abzustimmen sind. Ob sich der Staat in diesem Prozess auf mehr als eine Grundsicherung verpflichten lässt, stellt meiner Ansicht nach die sozialpolitisch zentrale Frage dar, um welche sich die laufende Reformdiskussion drehen müsste. Das Buch liefert zahlreiche Argumente, welche bei dieser Debatte wichtig und relevant sind, aber

kein umfassendes Bild zu einem zukünftigen Vorsorgemodell. In dieser Hinsicht liefert das Buch mehr Erklärungs- als Gestaltungsansätze. Man liest das Buch, ob als Staatsbürger oder Spezialist, mit grossem Gewinn, und es bleibt zu wünschen, dass es eine breite Leserschaft findet.

Heinz Zimmermann

Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005 (2. Auflage, 318 S., 24.90 €)

Mit seinem unlängst in zweiter Auflage erschienenen Buch „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ hat Christoph Butterwegge, Hochschullehrer und Leiter der Abteilung Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, der meinungsbildenden Schar neoliberaler Wissenschaftler und Kommentatoren ein äußerst lesenswertes Plädoyer für den Erhalt des Sozialstaates entgegengesetzt. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit als „Topos des politischen Denkens“ (S. 249) bildet dabei den roten Faden in seiner Darstellung konkreter Lösungsvorschläge. Der Autor bemängelt in diesem Zusammenhang die zunehmende Abkehr von dem Konzept der Verteilungsgerechtigkeit; gleichzeitig konstatiert er eine Hinwendung zum Begriff der Teilhabe- und Chancengerechtigkeit. „Die soziale Gerechtigkeit als ‚Fairness‘ zu definieren [...] bedeutet im Grunde, sie auf ein formales Verfahrensprinzip zu reduzieren und inhaltlich, d.h. hinsichtlich ihres materiellen Gehalts und der gesellschaftspolitischen Konsequenz, zu kastrieren“ (S. 250).

Fakten- und facettenreich schlägt Butterwegge den Bogen von der im

Kaiserreich unter Otto von Bismarck entstandenen Architektur der sozialen Sicherungssysteme zum als „Reform“ deklarierten Abbau des Sozialstaates unter der Ägide von Rot-Grün. Seiner Auffassung nach kommt die partielle „Refeudalisierung der Arbeits-, Lebens- und Sozialbeziehungen“ einem „Rückfall in die Prämoderne“ (S. 21) gleich. Eine zentrale These des Buches lautet denn auch, „dass der Sozialstaat seit Mitte der 1970er Jahre restrukturiert und demontiert wird, obwohl er weder Verursacher der damaligen Weltwirtschafts- und der im Grunde bis heute andauernden Beschäftigungskrise war, noch aus seinem Um- bzw. Abbau irgendein Nutzen für die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Entwicklung des Landes erwächst“ (S. 9).

Unter Rückgriff auf Überlegungen zur Konzeption des Sozialstaates in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden schwerpunktmäßig die in der politischen Linken diskutierten Reformalternativen benannt. Gleichwohl weiß der Autor um die Tatsache, dass jene, die sich gegen die Preisgabe sozial- und ordnungspolitischer Errungenschaften stellen, fortwährend mit dem Vorwurf konfrontiert werden, einer antiquierten politischen Agenda nachzuhängen. In diesem Zusammenhang gelingt ihm die lebendig formulierte Reartikulation

eines Gedankens, den schon Pierre Bourdieu mit Nachdruck verfolgte. Dieser legte 1998 in seinem Beitrag „Der Mythos ‚Globalisierung‘ und der europäische Sozialstaat“ eindrucksvoll dar, wie die Zurückdrängung der „sichtbaren Hand“ des Staates im Gewande der Modernität bewerkstelligt werden konnte und schließlich eine gewachsene Akzeptanz neoliberaler Dogmatik zustande kam: „Diese konservative Revolution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft für sich in Anspruch, um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken als archaisch erscheinen lässt.“ Gerade weil die Kritik am Sozialstaat von unterschiedlicher Seite zugenommen hat, sind Butterwegges differenzierte Ausführungen dazu äusserst verdienstvoll.

Umfassend setzt sich Butterwegge mit den Politikfeldern auseinander, die im Zuge der liberal-konservativen Transformation seit 1974 eine prinzipielle Abkehr von althergebrachten, bewährten Prinzipien erfuhren und nach wie vor erfahren. Dazu zählt neben der Familien- und Arbeitsmarktpolitik insbesondere das Gesundheitswesen. Letzterem schenkt er mit einer Diskussion der beiden gängigsten Reformalternativen (Kopfprämie gegenüber Bürgerversicherung) besondere Aufmerksamkeit. Auf knapp 30 Seiten macht er deutlich, dass es sich bei der Antwort auf die Frage nach der Finanzierung der Krankenversicherung um eine „gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung von historischer Tragweite“ (S. 267) handelt, beruhen gesetzliche und private Kassen doch auf grundsätzlich entgegengesetzten Prinzipien: Solidarität der Versichertengemeinschaft versus Gewinnstreben der Assekuranz.

Die mit der Einführung des „generativen Beitrags“ verknüpfte Abkehr von der paritätischen Finanzierung der Pflegeversicherung – seit 1. Januar 2005 müssen kinderlose Versicherte im Alter zwischen 24 und 65 Jahren 1,1 Prozent ihres Bruttolohns in die Pflegekasse einzahlen, während der vom Arbeitgeber entrichtete Beitragssatz bei 0,85 Prozent stagniert – kennzeichnet der Armutsforscher ebenso als „(Teil-)Privatisierung der sozialen Sicherung“ (S. 176) wie die Verschärfung des Sozialabbaus durch die sogenannte Riester-Rente. Die Abkehr vom Umlageverfahren wird nicht nur unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten als verfehlt kritisiert; unter Hinweis auf die Volatilität der internationalen Aktienmärkte betont Butterwegge zugleich die prinzipielle Krisenanfälligkeit des Kapitaldeckungsprinzips.

Die von Helmut Kohl eingeleitete „geistig-moralische Wende“ und die nach dem Regierungswechsel im September 1998 ausgebliebene Kehrtwende historisch einordnend, greift Butterwegge den tagespolitischen Diskurs auf. Dabei charakterisiert er nicht nur die Sozial-, sondern auch die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung als „modifizierte Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben“ (S. 170) – unter Einbeziehung einschlägiger Literatur. Die Aktualität des klar strukturierten und eingängig formulierten Buches scheint auf absehbare Zeit gewahrt. Schließlich hält auch die nunmehr amtierende Große Koalition den „Versorgungsstaat“ als Korrektiv der Marktprozesse für verzichtbar, weil sie Sozialpolitik lediglich als „teuren Kostgänger der Ökonomie“ (S. 25) begreift.

Tim Engartner